

Inserate werden angenommen  
in Posen bei der Expedition  
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,  
Gust. Ad. Schlech, Hoffmeier & Co.,  
Dr. Gerberstr. u. Breitestr. 6, Co.,  
Otto Niekisch, in Firma  
J. Neumann, Wilhelmstraße 8.

Verantwortlicher Redakteur  
G. Wagner in Posen.

Redaktions-Sprechstunde  
von 9–11 Uhr Vorm.

Inserate werden angenommen  
in den Städten der Provinz Posen  
bei unseren Agenturen, ferner bei  
den Amonen-Editionen  
R. Moos, Haasestein & Vogler A.-G.,  
G. v. Danke & Co., Invalidendank.  
Verantwortlich für den Inserat-  
teil: W. Braun in Posen.  
Fernsprech-Anschluß Nr. 102.

# Posener Zeitung

Hundertundzweiter Jahrgang.

Al. 479

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei Mal,  
an den auf die Sonn- und Feiertage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal,  
an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt viertel-  
jährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, für ganz  
Deutschland 5,45 M. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen  
der Zeitung sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

## Entwurf eines Gesetzes, betreffend das Anerbenrecht bei Renten- und Ansiedlungsgütern. (Schluß.)

§ 24.

Der Antrag auf Übernahme der Erbabsindungsrente auf die Rentenbank ist bei der General-Kommission zu stellen.

Wird bei einer gerichtlichen Erbauseinandersetzung die Übernahme einer Erbabsindungsrente auf die Rentenbank beantragt, so hat das Nachlassgericht nach Beendigung der Erbauseinandersetzung die Alters der General-Kommission zur Einleitung des Übernahmeverfahrens zu übersenden.

Das Übernahmeverfahren richtet sich nach folgenden Vorschriften:

1. Die General-Kommission hat sofort nach der Einleitung den Grundbuchsrichter zu ersuchen, bei der eingetragenen Erbabsindungsrente vorzumerken, daß das Übernahmeverfahren eingelegt ist. Wenn die Erbabsindungsrente nicht eingetragen und der Rentenverpflichtete Eigentümer des Anerbengutes ist, so ist das Erkennen dahin zu richten, daß die Rentenpflicht bei dem Anerbengute vorgenommen werde. Diese Vormerkungen haben die Wirkung, daß der Rentenbankrente der Rang der eingetragenen Erbabsindungsrente zur Zeit der Eintragung der Vormerkung oder, wenn die Erbabsindungsrente nicht im Grundbuche eingetragen ist, der Vorrang vor späteren Eintragungen gesichert wird.

2. Im Falle einer Einstellung des Übernahmeverfahrens hat die General-Kommission den Grundbuchsrichter um die Löschungen der Vormerkungen zu ersuchen.

3. Nach Übernahme der Erbabsindungsrente auf die Rentenbank wird auf Ersuchen der General-Kommission im Grundbuch vermerkt, daß das Anerbengut der Rentenbank rentenpflichtig ist. In den Eintragungsvermerk ist der Betrag der Rentenbankrente und des ihr entsprechenden Kapitals sowie Beginn und Dauer der Tilgung aufzunehmen.

4. Die Vorschriften des Gesetzes über die Errichtung von Rentenbanken vom 2. März 1850 (Gesetz-Samml. S. 111) nebst den dasselbe ergänzenden gesetzlichen Bestimmungen, sowie § 6 Blätter 1, 2, 3, 5 und 7 des Gesetzes, betreffend die Förderung und Errichtung von Rentenkästen, vom 7. Juli 1891 finden auf die von der Rentenbank übernommenen Erbabsindungsrenten mit der Maßgabe sinngemäß Anwendung, daß sich die Rangordnung der an die Stelle der Erbabsindungsrenten getretenen Rentenbankrenten gegenüber anderen Belastungen des Anerbengutes nach §§ 17 und 36 des Gesetzes über den Eigentumserwerb und die dingliche Verlautung der Grundstüde etc. vom 5. Mai 1872 (Gesetz-Samml. S. 423) regelt.

5. Die Ressort-Minister bestimmen, ob und von welchem Zeitpunkt an 3½, oder 3 Proz. Rentenbriefe als Abfindung gegeben werden sollen. Wenn der Rang der 3½ proz. Rentenbriefe an der Berliner Börse dauernd auf dem Rentnerthe oder darunter steht, dürfen 3 proz. Rentenbriefe nur mit Zustimmung des Empfängers ausgegeben werden.

6. Nach den als Anlagen II und III beigefügten Tabellen bestimmt sich, welche Summen im Falle des § 23 des Rentenbankgesetzes vom 2. März 1850 in den verschiedenen Jahren der beiden Tilgungsperioden (§ 23 Blätter 2) zur Abfindung von Rentenbeträgen erforderlich sind.

Eine nach Maßgabe der §§ 23 und 24 begründete Rentenbankrente wird auch noch ihre vollen oder teilweise Tilgung im Grundbuch nur gelöscht, wenn das Gut die Anerbengutseigenschaft verloren hat. Die Löschung erfolgt auf Ersuchen der General-Kommission.

An die Stelle der Rente kann bis auf Höhe des getilgten Vertrages eine andere nach Maßgabe der §§ 23 und 24 begründete Rentenbankrente gesetzt werden. Auch kann nach Maßgabe der erfolgten Tilgung einem Altentheil oder einer sonstigen Fortbewegung auf Antrag des Eigentümers von der General-Kommission der Rang der Rentenbankrente, unter Vorbehalt des Vorzugsrechts für den noch nicht getilgten Theil dieser Rente, eingeräumt werden. Dies ist außer bei Altentheilen nur bei Meliorationsarbeiten oder in dringenden Ausnahmefällen zulässig. Die Festsetzung der näheren Bedingungen, unter denen vorstehende Bestimmungen Anwendung finden, bleibt den Ausführungsvorschriften vorbehalten.

Die dem Abs. 2 entsprechenden Eintragungen im Grundbuch erfolgen auf Ersuchen der General-Kommission in der Spalte „Veränderungen“.

§ 25.

Die General-Kommission hat den Antrag auf Übernahme der Erbabsindungsrente auf die Rentenbank zurückzuweisen, soweit für die zu übernehmende Rentenbankrente eine ausreichende Sicherheit nicht vorhanden, aber wenn die dauernde Erhaltung des Guts in der Hand des Anerben nicht gesichert ist.

Die Sicherheit der Rentenbankrente kann als vorhanden angenommen werden, soweit der Rentnerthe der auszugebenden Rentenbriefe innerhalb des 30 fachen Betrages des bei der letzten Grundsteuererhebung ermittelten Katastral-Nettertrags mit Hinzurechnung der Hälfte des Werths, mit welchem die Gebäude bei einer der nach § 19 des Rentenbankgesetzes vom 2. März 1850 bestimmten Versicherungs-Gefellshaften versichert sind, oder innerhalb der ersten ¾ des von der General-Kommission zu ermittelnden Anrechnungswerts (§ 19), zu stehen kommt. Die Ermittlung des Anrechnungswerts erfolgt unter Zugabe der Beteiligten, sowie zweier mit den örtlichen Verhältnissen vertrauter Sachverständigen und geeigneten Fällen eines Aussachverständigen.

War bereits früher auf behördliche Veranlassung eine Taxe des Anerbenguts aufgenommen, so ist diese, soweit angängig, zu Grunde zu legen. Von der Buziehung von Sachverständigen kann in diesem Falle abgesehen werden.

In einfachen und klaren Fällen ist die General-Kommission befugt, nach ihrem Ermessen den Anrechnungswert festzusetzen

oder sich die Überzeugung von der Sicherheit in anderer geeigneter Weise zu verschaffen.

§ 27.

Bei Prüfung der Sicherheit der Rentenbankrente sind die das Anerbengut belastenden Tilgungsranten mit denjenigen Kapitalbelägen in Rechnung zu stellen, welche durch die Rentenzahlungen noch zu tilgen sind.

Soweit wegen der auf dem Anerbengut ruhenden Belastungen die zur Übernahme der Erbabsindungsrente auf die Rentenbank erforderliche Sicherheit nicht vorhanden ist, kann die Erbabsindungsrente nachträglich nach Maßgabe der Tilgung dieser Belastungen auf Antrag eines Beteiligten auf die Rentenbank übernommen werden. Die Festsetzung der Übernahmeverbedingungen bleibt den Ausführungsvorschriften vorbehalten.

§ 28.

Wird das Anerbengut innerhalb 10 Jahren nach dem Tode des Erblassers veräußert, so hat der Anerbe den Betrag des Voraus (§ 20) und bei Theilveräußerungen einen entsprechenden Theil des Voraus nachträglich in die Erbschaftsmasse einzuwerten.

Diese Bestimmung findet keine Anwendung, wenn der Anerbe das Anerbengut ganz oder teilweise an einen ihm gegenüber anerbenberechtigten Verwandten (Nachkommen, Geschwister oder deren Nachkommen) veräußert. Der Erwerber ist jedoch in Gemäßigkeit des Abs. 1 das Voraus ganz oder teilweise einzuwerten verpflichtet, wenn er das Anerbengut oder einen Theil desselben während des angegebenen Zeitraumes weiter veräußert.

Der Beteiligte kann verlangen, daß sein Anspruch auf das Voraus durch Eintragung einer Kautionshypothek im Grundbuch sichergestellt werde.

§ 29.

Wird das Anerbengut innerhalb 10 Jahren nach dem Tode des Erblassers veräußert, so steht den anerbenberechtigten Mitterben, soweit sie nicht auf das Anerbenrecht verzichtet haben, ein gesetzliches Vorkaufsrecht zu.

Die Reihenfolge mehrerer Vorkaufsberechtigten regelt sich nach den §§ 11 bis 14.

Das Vorkaufsrecht beschränkt sich auf den Fall des Verkaufs durch den Anerben. Es findet auch statt, wenn die Veräußerung im Wege der Zwangsversteigerung erfolgt. Das Vorkaufsrecht kann nicht ausgenutzt werden, wenn das Gut an einen dem Verkäufer gegenüber anerbenberechtigten Verwandten verkauft wird.

§ 30.

Durch die Vorschriften dieses Gesetzes wird, unbeschadet der Bestimmungen der §§ 31 und 32, das eheliche Güterrecht nicht berührt.

§ 31.

Wenn zu dem Gesamtgut einer durch den Tod eines Ehegatten aufgelösten allgemeinen Gütergemeinschaft oder Errungenschaftsgemeinschaft oder Gemeinschaft des beweglichen Vermögens und der Errungenschaft ein Anerbengut gehört, so kann der nach den Vorschriften des allgemeinen Rechts zur Übernahme des Anerbenguts Berechtigte von den übrigen Beteiligten verlangen, daß ihm das Anerbengut nebst Zubehör nach Maßgabe der §§ 18 bis 29 überlassen werde. Dasselbe gilt, wenn ein Anerbengut zum Gesamtvermögen einer aufgelösten fortgesetzten Gütergemeinschaft gehört.

Die Vorschriften der §§ 14 bis 16 finden entsprechende Anwendung; doch ist der überlebende Ehegatte, wenn mehrere Anerbengüter vorhanden sind, unter den Voraussetzungen des Abs. 1 sie sämtlich zu übernehmen berechtigt.

Ist der überlebende Ehegatte zur Zeit des Todes des verstorbenen Ehegatten entmündigt oder hat er vor dessen Tode eine rechtsläufige Verurteilung zu Buchhausstrafe unter gleichzeitiger Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte erlitten, so finden die Vorschriften des Abs. 1 keine Anwendung.

Bei Auflösung einer fortgesetzten Gütergemeinschaft durch Schichtung ist in den Fällen des Absatzes 3 und der §§ 21, 28 und 29 statt der Zeit des Todes des Erblassers der Zeitpunkt maßgebend, zu dem die Auseinandersetzung erfolgt oder, wenn dieselbe von den Erben des verstorbenen Ehegatten in einem früheren Zeitpunkt gefordert werden kann, dieser Zeitpunkt. Das Gleiche gilt bei Auflösung einer im Anschluß an eine eheliche Gütergemeinschaft zwischen dem überlebenden Ehegatten und den Erben des verstorbenen Ehegatten bestehenden Vermögensgemeinschaft durch Vertrag ist jedoch in den Fällen der §§ 12, 21, 28 und 29 statt der Zeit des Todes des Erblassers der im Absatz 4 bezeichnete Zeitpunkt maßgebend.

Sind Nachkommen des Erblassers zur Übernahme des Guts berechtigt, so bestimmt sich die Reihenfolge ihrer Berechtigung nach den §§ 11 und 12, jedoch ist bei Auflösung der fortgesetzten Gütergemeinschaft durch Schichtung im Falle des § 12 statt der Zeit des Todes des Erblassers der im Absatz 4 bezeichnete Zeitpunkt maßgebend.

Wenn in den Fällen des Absatzes 1 ein nach den Vorschriften des allgemeinen Rechts zur Übernahme des Anerbenguts Berechtigter nicht vorhanden ist, oder der Berechtigte von seiner Befugnis zur Übernahme keinen Gebrauch macht, so finden die §§ 10 bis 29 Anwendung. Bei Auflösung der fortgesetzten Gütergemeinschaft durch Schichtung und bei Auflösung einer im Anschluß an eine eheliche Gütergemeinschaft zwischen dem überlebenden Ehegatten und den Erben des verstorbenen Ehegatten bestehenden Vermögensgemeinschaft durch Vertrag ist jedoch in den Fällen der §§ 12, 21, 28 und 29 statt der Zeit des Todes des Erblassers der im Absatz 4 bezeichnete Zeitpunkt maßgebend.

Wird eine Vermögensgemeinschaft der im vorigen Absatz erwähnten Art durch den Tod des überlebenden Ehegatten aufgelöst, so finden die §§ 10 bis 29 insoweit Anwendung, als nach Maßgabe der selben gegenüber beiden Eheleuten diejenigen Nachkommen anerbenberechtigt sind. Nachkommen, welche hinsichtlich der Erbschaft des lebend verstorbenen Ehegatten gemäß § 12 den übrigen Mitterben nachstehen, stehen ihnen auch hinsichtlich der Erbschaft des verstorbenen Ehegatten nach.

§ 32.

Wenn im Geltungsbereiche des Märkischen Provinzialrechts ein überlebender Ehegatte, welcher Eigentümer eines Anerbengutes ist, dieses in Ausübung seines statutarischen Erbrechtes zur

Inserate, die schriftgestaltete Beiträge über deren Raum in der Morgen-Ausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgen-Ausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1895

Freitag, 12. Juli.

Inserate, die schriftgestaltete Beiträge über deren Raum in der Morgen-Ausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgen-Ausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

§ 33.

Wer über das Anerbengut lebenswillig verfügen kann, ist befugt, in einer gerichtlichen oder notariell beglaubigten Urkunde oder in einer eigenhändig geschriebenen und unterschriebenen und vom Amts- oder Gemeindevorsteher beglaubigten stempelfreien Urkunde abweichend von den Vorschriften der §§ 10 bis 14 unter den Mitterben die Person zu bestimmen, welche zur Übernahme des Anerbengutes berechtigt sein soll.

In gleicher Weise kann bestimmt werden, daß der Anerbe verpflichtet sein soll, seine Mitterben gegen angemessene Mitarbeit längstens bis zu deren Großjährigkeit standesgemäß zu erziehen und für den Notfall auf dem Anerbengut zu unterhalten, und daß dagegen während dieser Zeit der Anspruch der Mitterben auf Zahlung der Erbabsindungsrente ruhen soll.

In gleicher Weise kann bestimmt werden, daß das Anerbengut vom leiblichen Vater oder von der leiblichen Mutter des Anerben bis zu deren Großjährigkeit in eigene Nutzung und Verwaltung genommen werden kann unter der Verpflichtung, während dieser Zeit den Anerben gegen angemessene Mitarbeit standesgemäß zu erziehen und für den Notfall auf dem Anerbengut zu unterhalten, sowie für ihn die Erbabsindungsrente an die Mitterben zu zahlen oder die letzteren nach Maßgabe des Abs. 2 zu erziehen und zu unterhalten.

§ 34.

Wer außerhalb der Fälle der gesetzlichen Erbfolge ein Anerbengut durch Verfügung unter Lebenden (Altentheilsvertrag, Übergabevertrag u. s. w.) oder von Todeswegen einem anerbenberechtigten Verwandten zu alleinigem oder zu gemeinschaftlichem Eigentum mit seinem Ehegatten übertragen, und sind die für die Güterübernahme vorgeschriebenen Bedingungen in ihrem Gesamtergebnis dem Güterübernehmer nicht ungünstiger, als die in diesem Gesetze vorgelehrten, so können die Erbabsindungen der übrigen Familienangehörigen nach Maßgabe der §§ 21 Abs. 2, 23 bis 27 auf die Rentenbank übernommen werden. Das Gleiche gilt, wenn die Beteiligten in eine verhältnismäßige Kürzung ihrer Ansprüche willigen.

§ 35.

Für die Berechnung der Höhe des Pflichttheiles derjenigen Mitterben, welche das Anerbengut nicht übernehmen, ist der Betrag ihres nach § 20 zu ermittelnden Erbantheiles maßgebend.

Dasselbe gilt von dem Schichttheil, welcher den Kindern im Falle der fortgesetzten Gütergemeinschaft von dem Werthe des gemeinschaftlichen Vermögens zuzuwenden ist.

§ 36.

Versorgungen des im § 33 bezeichneten Inhaltes können nicht wegen Verlegung des Pflichttheiles, diejenigen des im Abs. 3 dafelbst bezeichneten Inhalts auch nicht auf Grund der gesetzlichen Vorschriften über die Nachtheile der Wiederverheirathung angefochten werden.

§ 37.

Wird der Erblasser bei seinem Tode nicht der alleinige Eigentümer des Anerbenguts, so kommen, unbeschadet der Vorschriften des § 31, die Bestimmungen dieses Gesetzes nicht zur Anwendung, es sei denn, daß Erblasser und Anerbe alleinige Mit-eigentümer des Guts waren.

§ 38.

Für das gerichtliche Verfahren bei den nach den Vorschriften dieses Gesetzes erfolgenden Erbtheilungen und Ausseinandersetzungen regeln sich die Kostenfälle nach dem geltenden Recht. Die Erbtheilungen und Ausseinandersetzungen sind stempelfrei.

Die Eintragung und die Löschung der Anerbengutseigenschaft, sowie die Aufforderung des Anerben zur Abgabe einer Erklärung in Gemäßigkeit des § 16 Abs. 2 sind kostenfrei.

§ 39.

Auf das Verfahren und das Kostenwesen bei Ausführung der §§ 2, 5, 6, 7, 23, 24, 25, 26 und 27 durch die General-Kommission finden die für Gemeinherrschaften geltenden Vorschriften mit folgenden Maßgaben Anwendung:

1) Zuständig ist diejenige General-Kommission, in deren Bezirk das Anerbengut belegen ist.

2) Handelt es sich in den Fällen der §§ 5, 6 und 7 um eine Ansiedlerstelle, so hat die General-Kommission vor ihrer Entscheidung die Ansiedelungskommission zu hören.

3) Die Erkennen der General-Kommission in Gemäßigkeit der §§ 2 und 5 sind kostenfrei.

4) Für das Verfahren nach Vorschrift der §§ 6 und 7 wird ein Pauschalquantum nach Maßgabe der wirklich erwachsenen Kosten erhoben. Das gleiche gilt für das Verfahren nach Vorschrift des § 25 Abs. 2, mit Ausnahme des in Satz 1 dafelbst bezeichneten Falles.

5) Bei der Übernahme von Erbabsindungsrenten (§§ 23, 24,

Büroden kostensel zu löchen. Von der Löschung ist der Eigentümer zu benachrichtigen.

Urkundlich sc.

## Deutschland.

**O** Posen, 11. Juli. Der jetzt veröffentlichte Gesetzentwurf betreffend das Anerbenrecht bei Renten- und Ansiedlungsgütern sollte, wie bekannt, dem Landtage schon in der jetzt abgelaufenen Session zugehen, konnte aber nicht rechtzeitig fertiggestellt werden. Seine Erledigung wird eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Session bilden, und es ist dankenswerth, daß die Staatsregierung dies wichtige Gesetz schon jetzt der öffentlichen Kritik unterstellt. Der Kernpunkt der Vorlage ist, daß für die Güter der bezeichneten Art das Zwangs-Anerbenrecht plazieren soll, gemildert freilich durch die Freiheit des Eigentümers, über das Rentengut unter Lebenden und von Todeswegen testamentarisch selbstständig zu verfügen. Aber der Buchstabe der Vorlage ist derartig, daß es dem Rentengutsbesitzer nicht ganz leicht fallen wird, dieses, im § 9 des Entwurfs zugestandene Recht auch zu gebrauchen. Er wird, wenn er es gebrauchen will, gewissermaßen einen Kampf mit den mächtigen Behörden aufzunehmen haben, in deren Hand die Ausführung des Gesetzes gelegt werden soll. Die Begründung geht von sehr weiten Gesichtspunkten aus. Man merkt ihr den Geist des Herrn Miguel an, der ja erst vor einigen Tagen seiner Abneigung gegen das römische Erbrecht so deutlichen Ausdruck gegeben hat. Schon seit den 20er Jahren dieses Jahrhunderts, so heißt es in der Begründung, versucht die preußische Staatsregierung mit wachsender Bevorgung die Einwirkung des Erbrechts auf den Bestand der ländlichen Besitzungen. Wiederholte Versuche, für den ländlichen Grundbesitz ein, seinen Bedürfnissen entsprechendes Erbrecht einzuführen, namentlich die Höfegesetze und Landgutordnungen, haben verhältnismäßig nur geringe praktische Erfolge gezeitigt. Angefischt der bedrängten Lage der Landwirtschaft erscheint die Befreiung der im Erbrecht stegenden dauernden Ursachen der zunehmenden Verschuldung von besonderer Bedeutung. Es wird dann weiter gesagt, daß es noch umfangreicher vorbereitender Ermittlungen bedarf, um eine, den gesammten ländlichen Grundbesitz umfassende Erbrechtsreform durchzuführen. Aber für die Renten- und Ansiedlungsgüter bedürfe es solcher Ermittlungen nicht, da es sich um eine junge Schöpfung handle, bei der bereits der Vererbung noch keine besondere Rechtsüberzeugung entstanden sei. Somit sollen diese Güter gleichsam als Gegenstand des Experiments dienen, um nach den gemachten Erfahrungen mit der Bindung der ländlichen Besitzverhältnisse fortzuschreiten. Die Begründung betont das lebhafte Interesse des Staates an der Fortdauer seines Schöpfungen über den Tod des Rentengutsbesitzers hinaus. Denn durch die überraschend umfangreiche Gründung von Renten- und Ansiedlungsgütern ist das Staatsvermögen bereits gegenwärtig erheblich in Anspruch genommen und wird dies weiterhin noch mehr werden. Wenig angenehm berührt es, daß die Begründung mit leicht erkennbarer Absicht eine Fülle lateinischer Rechtsbegriffe verwendet, um das geltende Erbrecht zu kennzeichnen. Mit der „actio communis dividendo“ wird nur so herumgeworfen, und man möchte glauben, daß die Justizialistischen Panikanten nach ihrem Wortkant geltendes Recht in Deutschland sind, wenn man die Bezugnahme auf „l. 4 § 1 D. fam. herc. X. 2.“ liest und die Textworte „boni enim et innocentes viro officio eum fungi oportet“ sich entgegenstellen sieht. Was sind das nur für Künste! Federmann weiß doch, daß die Rechtsnormen der freien Theißarbeit des Grundbesitzes, die allerdings dem Römischen Rechte entlehnt sind, in deutschen Gesetzbüchern ihren Ausdruck finden. Die Begründung hätte besser davon gehabt, das preußische Landrecht und die Provinzialrechte sprechen zu lassen, statt dem Leiter mit Lateinisch zu kommen. Auf die Vorlage wie ihre Motive wird noch ausführlich zurückzukommen sein.

\* Berlin, 10. Juli. Über den Entwurf der Bestimmungen für die am 1. Dezember d. J. abzuholende Volkzählung werden noch folgende Einzelheiten mitgetheilt: Gegenüber früheren Zählungen sind der Geburtsort, das Religionsbekennnis, der Wohnort (für vorübergehend Abwesende) und der vermutliche Aufenthaltsort (für vorübergehend Abwesende) ausgeschieden worden. Der Name, die Fragen nach der Verwandtschaft oder sonstigen Stellung zum Haushaltungsvorstand, Geschlecht, Geburtsjahr, Familienstand, Hauptberuf, Stellung in demselben, ob reichsangehörig oder welchem Staate angehörig, ob zum aktiven Militär eines Bundesstaates gehörig, sind beibehalten worden, da sie zur Herstellung der statistischen Nachweiszungen erforderlich sind. Neu hinzugekommen sind Fragen, die zum Ziel haben, einmal die Ermittlung der beschäftigungslosen Arbeitnehmer, zweitens die Ermittlung der militärisch ausgebildeten und der nicht militärisch ausgebildeten landsturmähnlichen Männer. Die auf die Arbeitslosigkeit bezüglichen Fragen sind in gleicher Weise wie bei der diesjährigen Berufszählung gestellt. Bezüglich der Herstellung von tabellarischen Nachweiszungen für das Reich soll, da dieselbe gleichzeitig mit der Bearbeitung der Berufsstatistik erfolgen soll, die Nachweisung über die zur Wohnung dienenden oder bestimmten Gebäude, ferner die Nachweiszungen über das Religionsbekennnis, über Geschlecht und Geburtsjahr, Alter und Familienstand und über den Geburtsort diesmal nicht gefordert werden; dagegen sind die anderen regelmäßigen Nachweiszungen beibehalten. Die Nachweisung über die Bevölkerung der kleineren Verwaltungsbezirke soll außer der bisherigen Unterscheidung der unter und über 12 Jahre alten Bevölkerung noch die Altersklassen von 12 bis 14, 14 bis 18 und über 18 Jahre ausgesondert enthalten, und die gleiche Altersunterscheidung soll auch in der Nachweisung über die Oberlandesgerichtsbezirke gemacht werden, um die für eine eingehende Bearbeitung der Kriminalstatistik erforderlichen Vergleichszahlen zu erhalten.

Bon den preußischen Ministern befinden sich zur Zeit in Urlaub fürst Hohenlohe auf seiner Festung in Aussel, Freiherr v. Marschall auf seinem Gute im Breitgau, Freiherr v. Berlepsch auf seinem Gute in Thüringen, Herr Schönstedt auf der Insel Rügen, Herr v. Möller auf seiner Besitzung im Elsass. Auch der Kriegsminister General Bronsart von Schellendorff hat seit einigen Tagen seinen Urlaub angetreten.

In der Zeit von der Gründung bis zur Schließung des Reichstages ruht, nach einem Urteil des Reichsgerichts, II. Strafrenov., vom 15. Februar 1895, die Verjährung der einem Reichstag abgeordneten zur Last gelegten Strafhaft, auch wenn eine Genehmigung zur Strafverfolgung von der Staatsanwaltschaft nicht nachgefordert worden ist.

Nach dem jetzt vorliegenden schriftlichen Bericht der

Kommission des Abgeordnetenhauses für das Unterrichtswesen über die Petitionen um Zulassung der Frauen zum Universitätsbesuch führt der Kommissar der Regierung, Geh. Regierungsrath Schmidt, aus:

In der philosophischen Fakultät der Universitäten, vorzugsweise in Göttingen und Berlin, seien Frauen zum Anhören einzelner, von den Geschäftstellerinnen zu bezeichnenden Vorlesungen seitens der Universitätsrektoren mit Genehmigung des Ministeriums und Einwilligung der betreffenden Dozenten zugelassen, ohne daß sich irgend welche Missstände daraus ergeben hätten. Bezüglich der medizinischen Fakultät sei die Zulassung zu einzelnen Vorlesungen nicht zu empfehlen. Dagegen komme hier eventuell die Zulassung zum ordinarien Studium in Frage, da die Bestimmungen der Gewerbeordnung nach Auflassung der maßgebenden Reichsbehörden der Zulassung von Frauen zur ärztlichen Approbation nicht entgegenstehen.

Die Kommission beschloß, dem Abgeordnetenhaus zu empfehlen:

die Petitionen II Nr. 281 und 324, soweit sie Zulassung zu einer Prüfung, zum medizinischen Studium sowie zur Ausübung ärztlicher Praxis an Frauen und Kindern, endlich überhaupt zu Universitätsvorlesungen und Staatsprüfungen betreffen, der Königlichen Staatsregierung zur Erwagung zu überweisen, dass gegenüber den Antrag der Petition Gauer auf Einführung eines besonderen Unterrichts in der Gesundheitslehre an Seminaren für Lehrerinnen und Kindergärtnerinnen, namentlich aber Mädchenschulen, zur Tagesordnung überzugehen.

Das größte Kriegsschiff der deutschen Marine wird gegenwärtig auf der Kaiserlichen Werft in Wilhelmshaven gebaut. Es ist dies der am 5. März d. J. auf Stapel gelegte Erlohbau für das alte Panzerschiff „Preußen“. „Erlohbau“ wird 11 038 t Displacement, also 1000 t mehr, als unlängst fertiggestellte Kriegsschiffe, bestehen. Das neue Schiff, welches eine Bauzeit von vier Jahren erfordert, wird 115 m lang, 20,5 m breit und 7,8 m tief. Zum ersten Male wird bei einem Panzerschiff das Dreieckraubtentz, welches bisher nur bei dem Kreuzer „Kaiserin Auguste“ erprobt ist, angewendet. Die Maschinenleistung des Schiffes wird alles bisher Geleistete übertrifffen, da 13 000 indizierte Pferderäste – die „Wörth“-Klasse hat 9000 – entwickelt werden sollen, welche dem Schiffe eine Geschwindigkeit von 18 Seemeilen in der Stunde verleihen. Amrirt wird das Schiff mit zusammen 52 Geschützen. Außerdem erhält es sechs Torpedorohre. Die Gesamtkosten des Schiffes sind auf 20 020 000 Mark veranschlagt.

Die Reichspostverwaltung hat sich mit Rücksicht auf die Benutzung der Pauschalvergütung für portofreie Beförderung der preußischen Staatsdienststücken bereit erklärt, die nun endgültig das Vermögen der Postfreiheit auch einzelnen Beamten für solche persönlich zu bewirkenden Postsendungen, für welche das Porto sonst von der Staatspost getragen wurde, zugeschlagen. Ebenso ist widerruflich aus dem gleichen Grunde die Förderung von statistischen Bällarten bei Wasserstand- und anderen meteorologischen Nachrichten portofrei zugelassen worden. Die nähere Anweisung geht von dem preußischen Postminister aus.

Der Ausschuss des preußischen Landesfeuerwehrverbands hält kürzlich eine Versammlung ab, in der über einen dem Minister des Innern zu unterbreitenden Gesetzentwurf betreffend die Regelung des Feuerlösch- und Feuerwehrwesens in Preußen verhandelt wurde. Die Versammlung beschäftigte sich auch mit jener bekannten Erklärung des Kriegsministers im Reichstage, daß es Aufgabe der Feuerwehr sei, unbotmäßige Massen zu Bauen zu treiben. Diese Anschauung von den Aufgaben der Feuerwehr konnte der preußische Landesfeuerwehrverband nicht als richtig anerkennen.

Verschiedene deutsche Offiziere, welche in Folge des Hannoverschen Spielerprozesses ihren Abschied nehmen müssen und vor längerer Zeit als Gemeine in die indische Armee einzutreten, sind, wie die „Deutsche Wochenzitung in den Niederlanden“ berichtet, teilweise zu Korporalen und Unteroffizierern befördert worden. Ihre Verführer haben sich loschen Mühen und Führschleifen nicht auslegen brauchen; sie haben einfach ihre Operationsbasis nach Holland verlegt und zwar nach Amsterdam, von wo aus sie ihre Beziehungen mit deutschen Gelbbedürftigen weiter unterhalten.

Neue Enthüllungen über Missstände in einer Irrenanstalt werden der „Nationalzeitg.“ aus Bremen gemeldet. Von der Bodenwingschen Irrenanstalt in Bremen war bereits im Anschluß an den Aeglanerprozeß wiederholt die Rede. Der Direktor der Irrenanstalt, Scholz, hat sich entschlossen, das Beweismaterial für die von ihm öfter angeführten Fälle von Misshandlungen zu veröffentlichen. Das Material ist unabreitbar und beruht auf ehrlichen Erklärunghen Pflegers in der Anstalt. Es ist also wahr, daß auch in der Bodenwingschen Anstalt für Irrenkranken grobe Ausschreitungen der Pfleger gegen arme Blödflüchtige begangen worden sind. Ein Patient ist durch Schläge zur Nahrungsaufnahme gezwungen worden; als er sie verweigert, auf den Knieen liegt, die Hände blutend ausgehoben, schlägt ihn der Pfleger mit dem noch vollen emallierten Gagelchir in den Mund, so daß das Blut aus Mund und Nase fließt; ein anderer wird mit Büffen vor den Magen bedroht, damit er im Bette steigen bleibe und die Aerzte den misshandelten Körper nicht sehen. Würgen am Halse nannten die Brüder Ventilabreden. Büffes vor den Magen „Magenbittern“. Bodenwings selbst ist nicht frei von Temperamentsanwandlungen. Daß er einen in biefiger Anstalt Verpflegten geohrfeigt habe, dessen hat er sich selbst Scholz gegenüber gerühmt. – Inzwischen erlassen die Aerzte der Krankenanstalt in der „Aeglanz“ eine Erklärung, in der sie „mit Entschiedenheit“ die Anschuldigungen des Dr. Scholz gegen das Bielefelder Pflegepersonal in der Bremer chirurgischen, medizinischen, geburtshülflichen und Augenstation zurückweisen. Der bremische Staat wird ja hoffentlich Rücht in die Sache bringen. – Vorläufig haben noch 13 Aerzte, die von 1880–1895 unter Leitung des Direktors Dr. Scholz als Assistenten fungierten, in einem Bremer Blatt eine Erklärung veröffentlicht, in der es heißt: „Wir alle schämen in Herrn Direktor Dr. Scholz den humanen, in jeder Hinsicht für das leidliche und geistige Wohl seiner Kranken besorgten, stets makabolen Irrenarzt. Zu ungezählten Malen haben wir Gelegenheit gehabt, seine Güte gegen ungünstliche Unheiliche, seine liebvolle Fürsorge für Melancholienten, denen er durch Wort und That den Wiedereintritt ins Leben erleichterte, sein stets gleichbleibendes Wohlwollen gegen alle seine Kranken zu erkennen. Wirstab ihm dankbar verpflichtet für das Vorbild, das er uns in der Behandlung Geisteskranker gewesen ist, und hoffen diesen Dank am besten dadurch zu behaupten, daß wir seine psychiatrischen Grundsätze zu den unstritten zu machen stets bemüht sein werden.“

Für die Erwahl zum Abgeordnetenhaus in Nordrhein-Westfalen hat die freisinnige Volkspartei, der „Frei-Btg.“, nun doch den Reichstagsabgeordneten Thomas aufgestellt, nachdem der bisherige Kandidat Jenner seine Kandidatur zurückgezogen hätte.

Zur Wahl in Kolberg-Köslin bringt die „Kösl.“ die Mitteilung, daß merkwürdig zujamengesetzte Wahlzettel bei der letzten Reichstagswahl den

Wähler in Alt-Martin eingehandelt worden sind. Ein solches Muster eines konserватiven Wahlzettels hat die rechte Form, und so sollen alle Zettel gewesen sein. Auch sollen einige Zettel, die nur den Titel und Namen des Gewählten, und solche, die nur den Namen und Wohnort desselben aufführen, für ungültig erklärt worden sein.

Der nunmehrige Reichstagsabgeordnete für Kolberg-Köslin, Ged. Baumann a. D. Benolt, veröffentlicht in der „Kösl. Btg.“ ein Dankesbrief an seine Wähler und verspricht, daß ihm übertrogene Mandat „im Sinne“ der bei der Wahl zum Ausdruck gekommenen Willenssetzung zu Gunsten der staatsbürgerschen Rechtsgleichheit des Allgemeinwohls gegenüber unberechtigten Sonderinteressen und zu Gunsten der verfassungsmäßigen Freiheiten auszuüben.

Die Nachricht über die bei einer Mensur erlittene Verwundung des kaiserlichen Regierungsrathes Dr. Bumiller habe nur, so wird jetzt gemeldet, einen ordentlichen „Blutigen“ davongetragen, der ihn weder am Ausgehen hindert, noch seine Schönheit beeinträchtigt.

## Spanien.

\* Madrid, 5. Juli. Der General Primo de Rivera, gegen welchen vor einigen Wochen von einem Hauptmann ein Revolverattentat verübt wurde, ist, obwohl Anfangs nur wenig Hoffnung bestand, ihn am Leben zu erhalten, fast vollständig wiederhergestellt. Die Schwunden am Arme und an der Brust sind gänzlich geheilt und zum Thell auch schon vernarbt; nur leidet der General in Folge der durch die Kugel verursachten Quetschungen noch immer an Lumbenschwaden. Der General ist jetzt nach seiner Bestieg in Roslebo de Chavela abgereist, wo er einen Monat zuzubringen gedacht; dann will er nach Madrid zurückkehren und von neuem den Oberbefehl über das erste Armeekorps übernehmen.

## Schwed.

\* Der Bestand des Bundesheeres war nach einer Korrespondenz der „Post“ am 1. Januar 1895 folgender: Im Auszug waren 137 649 Mann gegen 134 932 in 1894, in der Landwehr 80 602 Mann gegen 80 293 im Vorjahr; der bewaffnete Landsturm zählte 61 224 Mann gegen 61 859 in 1894, der unbewaffnete Landsturm 209 139 Mann gegen 211 437 in 1894. Im Auszug vertheilten sich die Waffen wie folgt: Generalstab und Eisenbahnhauptleitung 78, Justizpöfiziere 50, Infanterie 100 353, Kavallerie 3458, Artillerie 20 549, Gente 6603, Sanität 4661, Verwaltung 1568, Radföhren 187, Feldpost und Feldtelegraph 29, Feldprediger 63, Stabssekretäre 50. Die Landwehr zählt: Generalstab 20, Justizpöfiziere 32, Infanterie 57 507, Kavallerie 3136, Artillerie 12 497, Gente 3472, Sanität 3178, Vermölung 723, Feldpost und Feldtelegraph 7. Der bewaffnete Landsturm zählte: a) Fußltere 1778 Offiziere, 6396 Unteroff., 45 392 Mann, b) Schützen 115 Offiz., 449 Unteroff., 3884 Mann, c) Positionsartillerie 121 Offiziere, 498 Unteroff., 2591 Mann. Die Hilfsstruppen des Landsturmes umfassen: a) Bönlere 764 Offiz., 1017 Unteroff., 102 744 Mann, b) Arbeiter in Militär-Etablissements, Werkstätten, Magazinen 21 880, c) Sanitätsdienst 8529, d) Verpflegungsdienst 8897, e) Transport- und Nachrichtendienst 19 339, f) Postzel, Feuerwehr- und Bureau Dienst sowie Depotmannschaft 44 979.

## China.

\* Am 8. Mai ist durch die „Peking Staatszeitung“ das Dekret veröffentlicht worden, in welchem der Kaiser seinem Volke den Abschluß des Friedens mit Japan mittheilt. Dieses Aktenstück ist in mehr als einer Beziehung sehr interessant, nachdem der Kaiser erwähnt hat, daß ihm die meisten Würdenträger gerathen haben, den Frieden nicht zu ratifizieren, schreibt er u. a.

Seitdem im vergangenen Jahre der Friede plötzlich und unerwarteter Weise geschlossen wurde, wurden die denkbar größten Anstrengungen gemacht, um Truppen zu rekrutieren und Kriegsfonds zu sammeln. Unsere Befehlshaber waren aber nicht besonders gut gewählt und Unsere Soldaten, die keine Schulung besaßen und ohne jedes System auf Gerathewohl hineingezogen wurden, waren nicht viel besser als ein zusammengefaßter Haufen. Daher konnte weder zu Lande noch zu Wasser eine einzige Schlacht gewonnen werden. Die jüngste Lage in Peking war sehr kritisch; ein Angriff auf Unsere Hauptstadt wurde wohl zu erwarten gewesen. Die jüngste Lage in Kiautschou wurde wohl zu erwarten gewesen. Ein Angriff des Umstandes, daß sich Ahnengräber in Kiautschou befinden, und daß Peking als Reichshauptstadt der wichtigen Grundstein unserer Dynastie ist, ferner, daß falls der Genug der Kaisere der Kaiser der Kaiser ist. Wichtigste ist, daß der Frieden wiederholt werden sollte, Mein Glauben steht hierüber nie wieder beruhigen könnte, ganz abgesehen davon, daß es dem Himmel gefallen hat, Uns zu warnen, indem seine großen Weereswogen eine große Anzahl unserer an der Küste aufgestellten Truppen verschlungen haben, wodurch sowohl die Defensiv wie die Offensiv bedeutend erschwert wurde: Ich sage daher, nachdem ich die Lage Tag und Nacht überlegt und selbst auf Meinem Thron geweint habe, indem ich die Nachtheile des Friedens mit denen des Krieges verhältnis, bin Ich schließlich zu Meinem endgültigen Urtheil gekommen. Ich raffte daher den Friedensvertrag und veröffentlichte dieses Erst, damit Federmann Meine Gründe, warum Ich einen solchen Schritt gemacht habe, lenne. Ich erwarte, daß jeder Unterthan in Meinem Kaiserreich sich möglichst bemühen wird, alle langgebrachten Missbräuche von der Bildfläche zu entfernen, und Ich gehe auch ernstlich die Hoffnung, daß jeder Unterthan der Organisation der Armee seine größtmögliche Aufmerksamkeit und Bemühungen zuwende, ferner dem Aufbringen der Kriegsfonds, um die Kosten des Feldzugs zu bestreiten, ohne dabei gleichzeitig zu werden und ohne oberflächliche Methoden anzuwenden, damit Alles in einer ehrlichen und gründlichen Weise vor sich gehe und das Kaiserreich wieder mächtig werde.“

## Vokales.

\* Ortsstatut betreffend die Kanalisation der Stadt Posen. Nach erfolgter Bestätigung durch den Bezirkssausschuss bringt nunmehr der Magistrat, wie aus einer Bekanntmachung in unserem heutigen Anzeigetheil ersichtlich, das Ortsstatut betreffend die Kanalisation der Stadt Posen zur öffentlichen Kenntnis. Darnach wird durch Gemeindebeschluß bestimmt, auf welche Straßen und Straßentheile die Kanalisation auszudehnen ist und wann die Straßensanäle herzustellen sind. Die Straßensanäle und Abzweigleitungen bis zu den betreffenden Grundstücksgrenzen bleiben Eigentum der Stadt. Der Kanalzins darf  $3\frac{1}{2}$  Prozent der Anlagekosten nicht übersteigen, und zwar wird derselbe zur Hälfte nach der Gebäudesteuer, zur anderen Hälfte nach der Straßensrontlänge erhoben. Ferner werden Bestimmungen getroffen für Grundstücke, welche an mehr als einer Straße liegen.

Unbebaute Grundstücke haben Kanalabgaben nur nach der Frontlänge zu entrichten. Weiter ist bemerkenswerth, daß die Erteilung von Fristen für den Kanalanschluß ohne Einfluss auf die Kanalzinspflicht ist, nach welcher der Betrag vierteljährlich pränumerando zu zahlen ist.

n. **Schöffen-Ausloosung.** Bei dem hiesigen Schöffengericht sollten während der Ferten nur zwei Mal wöchentlich Sitzungen abgehalten werden. Da aber nach der neuen Verfassung des Justizministers Strafsachen noch mehr als bisher beobachtet werden sollen, finden noch an 31 Tagen während der Ferten Sitzungen des Schöffengerichts statt, zu denen 64 Schöffen nötig sind, die hente von dem Amtsrichter Owoletz ausgelost wurden. Im Monat Juli werden noch folgende Herren als Schöffen fungiren: Am 19. Ezra Memelsdorf und Josef May; am 22. Max v. Frankenberg und Louis Kretschmer; am 23. Karl Müller und Julius Kretschmer; am 25. August Reichel und Rudolf Korduan; am 26. Istidor Kantorowicz und Josef Falowski; am 29. Marcell Małinski und Paul Kretschmer und am 30. Juli Julius Rosenberg und Gustav Gernoth.

m. **Vom Bau des Ausmündungskanals auf dem Gerberdamm.** Die umfangreiche Arbeit der diessommerlichen Kanalisierung in der Stadt Breslau erfordert zweifellos der große Ausmündungskanal von der Breitenstraße durch die Gr. Gerberstraße und den Gerberdamm bis zum Würzbach. Begonnen wurde der Bau am Würzbach. Von den erforderlichen Erdaushebungen giebt das Kanalprofil eine Ansicht, es misst 2½ Meter Höhe und 3 Meter Breite im Lichten. Soweit die ausgehobene Erde zu beiden Seiten des Baugrubens nicht Platz findet, wird sie durch Lorenz nach der Fläche zwischen Würzbach, Warthe und Holzplatz gestaut, wo sich bereits ein ansehnlicher Hügel erhebt. Von hier soll die überschüssige Erde später auf die Dominikanerwiese befördert werden. Der Ausmündungskanal wird in Mauerwerk hergestellt. Zu unterk wird eine Schicht Cementbeton gelegt und darauf die Kanalschale aus Ziegeln gelagert. Etwa 140 Meter des großen Kanals, bei dem gegen hundert Leute thätig sind, sind fertig gestellt bzw. befinden sich in Arbeit. Der Kanalbau wird durch Baumeister Neufranz ausgeführt.

= In Cirens Jansly & Leo debütierte gestern, wie angekündigt, die Schauspielerin Baroness v. Ruppenthal. Sie ist eine angenehme Erscheinung und in ihrem Kunstsache augenscheinlich sehr bewandert. Der statliche Braune, auf dem sie in der Manege erscheint, macht alle Gangarten der hohen Schule mit Sicherheit und Eleganz — auch die schwierigen Pas mit Aufbaumung, zu denen nicht jedes Reitkunst abzurechnen ist. Gerade mit dieser Gangart, die die Reiterin dem Thiere mit Energie längere Zeit hindurch auferlegt, errang sie den lebhaftesten Beifall des ziemlich gefüllten Hauses. Dasselbe hatte später noch Gelegenheit, die Baroness als Parforcejägerin par excellence kennenzulernen: in dem von Direktor Jansly inszenierten Sportstück "Auf zur schönen Jagd", in dem wohl das ganze Kunspersonal des Circus thätig ist. Da reiten Damen und Herren auf Renn- und Springpferden im Galopp quer durch die Manege, hinweg über Hindernisse verschiedener Art. Die kleinen Pferde sprangen vortrefflich — nur eins brach mehrere Male aus — am elegantesten aber nahm wohl das Roß der Baroness die Heden, eine Mauer, den Graben. Das Publikum folgte dem interessanten Schauspiel mit Spannung und zollte große Anerkennung. Auch sonst bot die geistige Vorstellung noch mancherlei Sehenswürdigkeiten, z. B. die Vorführung des vorzüglichen Springpferdes "Nestor" und der vier russischen Hengste durch Direktor Jansly, die brillanten Exercitien am schwedenden Trapez von Fr. Angelina u. c. Da der Circus durchgängig treffliches bietet, ist ihm, zumal er Breslau bald zu verlassen gedenkt, die anhaltende Kunst des Publikums zu wünschen.

o. **Vakante stellen für Militärwanwärter im Bezirk des V. Armeekorps:** Zum 1. Oktober d. J. im Bezirk der kaiserlichen Ober-Postdirektion in Breslau, kaiserlichen Postamt in Sandberg, die Stelle eines Landbriefträgers mit 650 Mark Gehalt, welches bis auf 900 Mark steigt, beim gesetzlichen Wohnungsgeldzuschuß und 30 M. Buschus zu den Kosten der Dienstleistung, es ist eine Kautioon von 200 M. zu zahlen, welche durch Gehaltsabzüge gedeckt werden kann. — Sofort im Kreise Breslau-Ost, beim Kreis-Ausschuß die Stelle eines Distriktsboten und Postzählerbeamten mit 720 Mark Anfangsgehalt; die Gebühren als Vollziehungsbeamter betragen circa 15 M. monatlich; nach 5 jähriger tadelloser Dienstzeit Zulage von 50 M. und dann von 3 zu 3 Jahren Zulage von 30 M. bis zum Höchstbetrag von 900 Mark; es ist eine Kautioon von mindestens 200 M. zu stellen, welche im Betrage von 50 M. durch monatliche Abzüge von mindestens 5 M. gedeckt werden kann. Nach 5 jähriger tadelloser Dienstzeit Zulage von 30 M. bis zum Höchstbetrag von 900 M. Bei der Pensio-nirung wird die zurückgelegte Militärdienstzeit als pensionsfähige Dienstzeit nicht angerechnet.

ig. **Die für Schank- und Gastwirth ungemein wichtige Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts in der Verwaltungsstreitsache des Destillateurs Johann Switalski hier selbst wider den König.** Oberpräsidenten der Provinz Breslau ist den Parteien in der Ausfertigung des Endurtheil des III. Senats des höchsten Verwaltungsgerichtshofes vom 27. Mai d. J. nunmehr zugestellt worden. Der Tenor des Urtheils lautet: "daß der Bescheid des beklagten königl. Oberpräsidenten vom 5. Januar 1895 und die durch denselben aufrecht erhaltenen Verfügung des königl. Polizeipräsidienten zu Breslau vom 12. Oktober 1894 außer Kraft zu setzen und die Kosten — unter Festsetzung des Werths des Streitgegenstandes auf 5000 Mark — dem Beklagten zur Last zu legen." — Wie bekannt, betrieb der Destillateur Switalski auf Grund der ihm Ausgangs Februar 1885 erteilten polizeilichen Schankconzession seitdem in den Parterreräumen des nur aus einem Erdgeschoss bestehenden Hauses St. Martinstraße 39 die Schankwirtschaft. Bei dem im Jahre 1894 erfolgten vollständigen Um- und Neubau des Hauses wurden die Erdgeschöräume verändert bzw. erweitert, namentlich wurde eine Trennung derselben durch die Anlage einer Durchfahrt in der Mitte des Hauses herbeigeführt. Der Destillateur S. benutzte das von ihm gemietete Parterre im neuen Hause in einem Theile zu seinem Schankwirtschaftsbetriebe weiter und da die Polizeibehörde darin eine Verlegung der Schankwirtschaft erachtete, welche zu ihrem Betriebe einer neuen Konzession bedürfe, so wurde gegen S. das gerichtliche Strafverfahren wegen unbefugter Ausübung des Schankgewerbes in die Wege geleitet und ihm von Seiten der Polizeidirektion der Fortbetrieb der Schankwirtschaft untersagt. Trotz der von S. eingelegten Beschwerden haben sowohl der Regierungspräsident als auch der Oberpräsident das polizeiliche Verbot des Weiterbetriebes des Schankgewerbes aufrecht erhalten. — Das auf die Klage des S. ergangene, alle diese Verfügungen außer Kraft setzende Endurtheil des Oberverwaltungsgerichts sagt in seltenen Gründen wörtlich: "Nach der Urkunde vom 26. Februar 1885 ist dem Kläger die Konzession, da insoweit keine Beschränkung gemacht ist, für die sämtlichen Parterreräume des Hauses St. Martinstr. 39 erteilt worden. Die Konzessionurtheil ist an sich allerdings bloß für den damaligen Parterreräume erfolgt. Wie jedoch schon in den vom Kläger angezogenen und in dem Bescheide des königl. Regierungspräsidenten zu Breslau erwähnten Urtheilen des Oberverwaltungsgerichts vom 30. Dezember 1881 und 19. April 1882 ausgeführt ist, macht nicht jede Änderung eines zum Gast- oder Schankwirtschaftsbetriebe konzessionierten Lokals eine neue Genehmigung notwendig, sondern eine

solche ist nur dann erforderlich, wenn die Veränderung eine wesentliche ist. Eine wesentliche Veränderung aber ist im vorliegenden Falle nicht anzunehmen, wenngleich die neuen Räume zum größten Theile an einer anderen Stelle des Grundstücks sich befinden, auch ihre Zahl größer ist, als die der früheren. Denn sie liegen noch immer innerhalb desselben Grundstücks und zur ebenen Erde, und ihr räumlicher Umfang, bei dem die Räume rechter Hand von der Durchfahrt ganz außer Betracht bleiben, weil der Kläger erklärt hat, in diesen die Schankwirtschaft nicht ausüben zu wollen, ist nach den vorliegenden Lageplänen im Ganzen zwar etwas, jedoch verhältnismäßig nicht viel größer, wie derjenige der in dem alten Hause zum Betriebe der Schankwirtschaft benützen Räumlichkeiten. Es ist namentlich auch nicht von dem Beklagten gestad gemacht oder sonst zu erscheinen, daß die Art dieses Betriebes in den neuen Räumlichkeiten und wegen deren Beschaffenheit eine andere werden könnte, als sie in den früheren Räumen gewesen ist und nach deren Beschaffenheit möglich war, noch daß die Anforderungen, die an die letzteren bei der Erteilung der Konzession nach § 33 Abs. 2 Biffer 2 der Reichsgewerbeordnung zu stellen waren und gestellt worden sind, nicht bei den ersten gleichfalls erfüllt werden. Bedürfte hiernach der Kläger zum Betriebe der Schankwirtschaft in den jetzt hierzu benützten Räumen des neuen Hauses keiner neuen Genehmigung, so ist das Einschreiten des königl. Polizeipräsidienten zu Breslau gegen ihn nicht gerechtfertigt, und der Weitheit des Beklagten unterliegt nebst der dadurch aufrecht erhalteten Verfügung des Polizeipräsidienten der Aufhebung (§ 127 Abs. 3 Biffer 1 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883)." — Das beim hiesigen Schöffengericht schwebende Strafverfahren gegen den Destillateur Switalski, das vertagt war und nunmehr wieder aufgenommen werden wird, kann selbstredend keinen anderen Ausgang haben, als die Freisprechung des Angeklagten.

n. **Die nächste Prüfung von Gußschmieden findet vor der Prüfungskommission hier selbst, Schießstraße 6 am Sonnabend, den 24. August d. J. Vormittags 8 Uhr statt.** Meldungen zu dieser Prüfung sind unter Einreichung eines Geburtscheines und etwaige Zeugnisse über die erlangte technische Ausbildung, sowie unter Einsendung der Prüfungsgebühren von 10,05 M. bis zum 1. August d. J. Frankfurt an den Vorstand der Prüfungs-Kommission Departements-Offizierat Heyne zu richten. Der Meldung ist eine Erklärung darüber beizufügen, ob der Meldebende sich der Prüfung schon einmal eifriglos unterzogen hat. Wird diese Frage bejaht, so ist ein Nachweis über Ort und Zeitpunkt der früheren Prüfung, sowie über die berufsmäßige Beschäftigung in der Zwischenzeit zu erbringen. Die Prüflinge müssen des Deutschen soweit möglich sein, daß sie die bei der Prüfung an sie gerichteten Fragen verstehen und eventl. in deutscher Sprache beantworten können.

\* **Unsere Postkarten haben gegen früher eine technische Veränderung erfahren, welche dem Publikum wohl noch kaum aufgefallen ist.** Während früher die Postkarten in der rechten unteren Ecke der Abrechnung eine dreieckige Zahl trugen, welche Monat und Jahr des Druckes bezeichneten (z. B. 5. 93, d. h. Mai 1893), sind jetzt diese Angaben wegbleiben. Dafür trägt die Karte aber in Wahrheit diese Zahlen, welche sichtbar werden, wenn man sie gegen das Licht hält. Auf die lästigen Postkartenformulare ohne Marke bezieht sich diese Neuerung nicht, vielmehr tragen solche nach wie vor den Vermerk C. 154.

n. **Eine originelle Neinname hat der im Circus Jansly engagierte „Universali-Original-Crown“ Gehez erbracht, um Publikum für seine heutige Benefiz-Vorstellung heranzuziehen.** Er fuhr in den ersten Nachmittagsstunden ganz langsam mit seinem dressirten Esel in einer Drosche durch die Straßen der Stadt; auf dem Bock der Drosche saß neben dem Kutscher ein reich uniformirter Balat, der von Zeit zu Zeit aus einer Trompete lustige Weisen extöhnte. Selbstverständlich ließ es sich die Polener Jugend nicht nehmen, zu Hunderten hinter der Drosche herzulaufen.

× **Neue Postanstalt.** In der zum Landestellbezirk der Postagentur in Doplewo gehörigen Ortschaft Zborowo ist vom 10. d. M. ab eine Posthilfsstelle in Wirklichkeit getreten. Die Posthilfsstelle ist dem Gutsbesitzer Schwarzloff in Zborowo übertragen.

n. **Schiffahrt.** Der Dampfer "Borussia" traf gestern Mittag 12 Uhr mit zwei beladenen Rähnen hier ein und legte am Verdyckower Damm an.

n. **Mit den Kanalisationarbeiten an der Nordseite des Wilhelmsplatzes ist heute früh begonnen worden.**

## Telegraphische Nachrichten.

\* Petersburg, 11. Juli. Der "Regierungsbote" heißt mit: Anlässlich der ausländischen Maßnahmen zur Förderung der Zuckerindustrie und auf Ansuchen der russischen Zuckerfabrikanten wurde eine besondere Konferenz abgehalten, in welcher die Frage verhandelt wurde, inwieweit die Intervention der Regierung möglich und wünschenswert sei.

Die Konferenz erkannte es als wünschenswert an, Maßnahmen zu treffen, sowohl im Interesse der Konsumanten, als auch in dem der Zuckerfabrikanten einerseits gegen die übermäßigste Erhöhung der Zuckerpreise auf dem inneren Markt, andererseits gegen eine anormale Vergrößerung der Zuckerproduktion. Gleichzeitig wurde es für nötig erachtet, von anderen projektierten Maßnahmen sofort diejenige in Verbindung ziehen zu lassen, welche die Bildung einer Zuckerecke und die Festsetzung eines Maximal-Zuckerpreises für den inneren Markt bestimmt. Ein hierauf bezüglicher Konsens wurde gestern veröffentlicht. Was die anderen noch geplanten Maßnahmen an betrifft, so werden dieselben zu definitiver Bearbeitung dem Reichsrath zu Anfang der nächsten Session vorliegen werden.

Petersburg, 11. Juli. Gestern begaben sich die bulgarischen Deputirten nach der Peter-Paul-Kathedrale, wo nach einem feierlichen von dem Metropoliten Clement abgehaltenen Gottesdienste durch den Kammerpräsidenten Todorow ein Krantz auf das Grab des Kaisers Alexander III. niedergelegt wurde. Der Krantz ist auf einem großen schwarzsammetten Schleife befestigt, bestehend aus einem goldenen Lorbeerkrantz mit einem silbernen Palmenzweig. Auf der Schleife des Kranzes befindet sich die Inschrift: Dem Zarwitsch Heerführer, dem Zarwitsch Friedensstifter das ewig dankbare bulgarische Volk. Ein zweiter Krantz von lebenden Blumen wurde auf das Grab Kaiser Alexanders II. niedergelegt. Metropolit Clement hielt eine Rede, in welcher er die Dankbarkeit betonte, welche das bulgarische Volk dem Kaiserhause und dem russischen Volke, seinen Vorfahren, bewahrt hat und ewige bewahren werde.

London, 11. Juli. Wie dem "Reuterbureau" aus Peking gemeldet wird, hat das Tsinglighamen mitgetheilt, daß ein Theil der zweiten chinesischen Kriegsentwicklungslösung an die von 100 Millionen Tael für England reservirt würde. Wie verlautet, soll dieselbe gleichmäßig zwischen Deutschland und der englischen Hongkong-Shanghai-Bank getheilt werden.

Belgrad, 11. Juli. Der Finanzausschuss der Skupstina hat die Berathung der Konvention vorliegen bekommen. In maßgebenden Kreisen verlautet, die Regierung wolle der Diskussion im Ausschusse völlig freien Spielraum gewähren und sei ihrerseits bereit, erschöpfende Auflösung zu geben. Man dürfe daher nicht zweifeln, daß nach allseitiger und gründlicher Prüfung die Überzeugung von dem Werth der Vorlage durchdringen und dieselbe von der Majorität angenommen werden wird.

Newyork, 11. Juli. Gestern stürzte der Fußboden des Kasinos in Atlantic City während einer Versammlung von ungefähr 1000 Personen ein, dabei wurde eine Person getötet und etwa 100 wurden schwer verletzt.

\*) Für einen Theil der Auflage wiederholt.

Prag, 11. Juli. Heute Blätter wissen zu melden, daß in den nächsten Tagen der über Prag verhängte Ausnahmezustand aufgehoben werde.

Budapest, 11. Juli. Die Meldung der oppositionellen Blätter über die Absicht der Regierung, den Reichstag aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben, wird für erfunden erklärt.

Rom, 11. Juli. Die Nachricht, daß der deutsche Kaiser zu den Septemberfeiern nach Rom kommen werde, wird von offiziöser Seite dementirt.

Rom, 11. Juli. Dicht vor den Thoren der Stadt wurden fünf von einem Auszug befehlende Studenten gestern Abend von bewaffneten Räubern überfallen und ihrer gesamten Baarmittel und Wertgegenstände beraubt.

Odessa, 11. Juli. Auf dem sich zwischen Meer sind bei einem gewaltigen Sturm drei türkische und zwei griechische Schiffe untergegangen, ebenso der russische Dampfer "Don" mit der ganzen Besatzung.

Paris, 11. Juli. Die Aktion Deutschlands in Marokko erregt hier die größte Aufmerksamkeit. Die gemäßigteren Blätter halten noch zurück, dagegen beginnen die Heißblätter bereits den Kampf mit Angriffen auf Deutschland. Sie sagen, Deutschland habe den Konflikt mit Marokko vom Zaune gebrochen, um in Marokko festen Fuß zu fassen.

Paris, 11. Juli. Aus Oran in Algier wird gemeldet, daß bei Ain Tédelé eine große Petroleumquelle erschlossen worden sei, welche eine der größten der Welt sein soll.

London, 11. Juli. Als gestern Abend der Kontreadmiral Curtis von dem großen Diner auf dem Kriegsschiff "Repulse" gelegentlich der Feier des italienischen Flottendeschts zurückkehrte, verstarb er plötzlich am Herzen.

London, 11. Juli. Heute Blätter melden aus Washington, der Minister des Innern in Korea sei wegen verschiedener Verbrechen flüchtig geworden.

Sofia, 11. Juli. Die Consuln von England, Frankreich, Deutschland, Österreich und Italien haben die bulgarische Regierung verständigt, daß die Großmächte die Anwendung energischer Mittel gegen jede mächtige Agitation in Bulgarien fordern, andererfalls müßten sie annehmen, daß die Regierung entgegenzutreten.

Belgrad, 11. Juli. Der serbische Konsul in Nischne ist abberufen worden, weil er sich den durch die mazedonische Bewegung geschaffenen Verhältnissen nicht gewachsen gezeigt hat.

## Wissenschaft, Kunst und Literatur.

\* Vom Cyclus der Europäischen Wanderbilder, der sich bezeichnet: Nach und durch Ungarn, ist soeben das 10. Bändchen erschienen. (Verlag: Art. Institut Orel Fahl, Zürich. Preis 50 Pf.) Es umfaßt das ungarische Bahnhof der l. f. S. Südbahngesellschaft, von Edmund Steinader. Die Gegend um den Plattensee, der Neusiedlersee, die Ausläufer der Alpen, das Waldgebiet zwischen Save und Drau kommen darin, teilslich sowohl als Illustration, zu trefflicher Darstellung. Schönste Städte, wie Stuhlweißenburg, Steinamanger, Karau, Badeorte und Schlösser, die auf dem weiten Gebiete des Bahnhofes zerstreut sind, zeigen, daß wir uns in einem Lande alter Kultur und reich an allen Bedingungen des Lebens befinden, das an der Hand eines solchen Führers zu bereisen eine wahre Freude sein muß. Die Zahl der Illustrationen beläuft sich auf 16; sie sind hübsch ausgeführt, wie wir es bei den "Europäischen Wanderbildern" gewohnt sind.

Die gütige Vorlesung hat vielleicht einen Fehler gemacht, als sie unsere Zähne nicht so einrichtete, daß sie, wie etwa die Finger-nägel, immer nachwuchsen. Wäre das so, dann könnte wahrscheinlich jeder, der kein großer Reinheits-Enthusiasmus ist, im Munde schmarotzen lassen, was ich marzen will. So aber steht uns die gütige Vorlesung (wahrscheinlich doch wohlweislich) unsere Zähne nur ein einziges Mal im Leben und bitter bestraft sich die Vernachlässigung der Zahnpflege. Meistens sind schlechte Verdauung und fauliger Mundgeruch die lebenslängliche Strafe dieser Zahnpfleges-Sünden. Ja, wenn die Zahnpflege noch eine schwere Arbeitsleistung wäre, die an unser Gehirn oder an unsere Körperkräfte immense Anforderungen stelle, dann hätte sich diese Reinheits-Enthusiasmus noch erklären, so aber ist ja die Pflege des Mundes so einfach und bequem. Man braucht sich nur an tägliche Mundspülungen (sogenannte Mundbäder) mittelst Odol zu gewöhnen. Schon des Wohlbehagens wegen, welches man sich durch das, diesen Odol-Spülungen sofort folgende erfreuliche Gefühl verschafft, sollte man sich dazu entschließen. Diese Mundspülungen werden in der Weise vorgenommen, daß man zunächst einen Schlund Odol-Wasser 2-3 Minuten im Munde behält (damit sich das Odol-Antiseptikum überall gut einsaugen kann), mit dem nächsten Schlund das Odol-Wasser durch die Zähne hin und herzieht, kräftig spült und schließlich gurgelt. Diese ganze Prozedur nennt man odolieren. Wer konsequent Morgens, Mittags und Abends den Mund odolisiert, versteht seine Zähne gegen Hohlwerden absolut, und ein für alle Mal ist der Mund gegen faulige Gerüche gesetzt. Wir raten deshalb eindringlich und mit gutem Gewissen allen, die ihre Zähne gesund und ihren Mund geruchfrei erhalten wollen, sich an eine feste Mundpflege mittels Odol zu gewöhnen. Wie überaus wohl häufig diese Odolspülungen wirken, werden namentlich solche Personen verspüren, die mehrere hohle Zähne im Munde haben. Hier ist die Wirkung prompt und überraschend.

Familien-Nachrichten.

Staff jeder besonderen Neldung!

Die Verlobung meiner Tochter Dora mit dem Kaufm. Herrn Julius Meyer aus Neustadt b. Pinne zog hiermit allen Verwandten und Bekannten an. 9245 Samter, im Juli 1895.

Frau Alexander Hollaender, geb. Salinger.

Ein strammer Junge angekommen. 9247 Posen, den 10. Juli 1895.

**Karl Paetzold,**  
Stefanie Paetzold  
geb. Bauer.

Die Geburt eines Sohnes zielgen statt jeder besonderen Melbung hierdurch an. 9241 Breslau, den 9. Juli 1895.

Heinrich Haenisch und Frau Gertrud geb. Hoffmeister.

Auswärtige Familiennachrichten.  
Verlobt: Fräul. Alice Kleefeld mit Herrn Karl Decoffizier Arthur Richau in Danzig. Fr. Käthe Naumann mit Herrn Hauptmann Adolf Schwancke in Leipzig. Fräul. Marianne Fischer auf Rittergut Kannenberg mit Herrn Militär-Intend.-Assessor Paul Schneider in Magdeburg.

Gerehelicht: Herr Rittmstr. Hünckler mit Fräul. Emilie Wilheling in Hannover. Herr prakt. Arzt Dr. med. B. Köhler in Winsen v. d. L. mit Fräul. Elsa Donne in Magdeburg. Herr Leut. v. K. Albrecht Laue in Braunschweig mit Fräul. Hedwig Ritter in Leipzig. Herr Dr. med. Karl Wilhelm in Böhmen mit Fräul. Alice Richau in Königsberg. Herr Reg.-Bauamtmann Max Weitzmann mit Fr. Johanna Grahl in Dresden. Herr Wilhelm Lucas mit Fräulein Gertrud Hermes in Berlin.

Vergnügungen.

Provinzial-Gewerbe-Ausstellung.

Täglich: Großes Doppelkonzert der Frankl'schen Wiener Damenkapelle.

Dirig.: Mme. Anna Frankl und 8649 einer Infanteriekapelle.

Zoologischer Garten.  
Täglich: Großes Konzert.  
Abends: Illumination.  
Niedrige Eintrittspreise.  
Neu! Nur auf kurze Zeit:  
**„Marietta“**, das schicke Mädel.

Circus Jansly & Leo.  
Freitag, den 12. Juli, Abends 8 Uhr: Erste große Damen-Gala - Vorstellung, Damen als Stallmeister, Damen in Gala-Kostümen, Damen füllten das ganze Programm aus. Zum 2. Male: Auf, auf zur fröhlichen Jagd, großartiges Sportchauspiel. Morgen Vorstellung. 9248

Kräftigen Mittagstisch (fischer) verabfolgt 9256 J. Vogel, Breitestr. 14, II. I

Seltener Gelegenheitskauf! Ein Pianino, so gut wie neu, (Nussbaum), für 130 Thlr. zu verkaufen bei 9276 Höselbarth, Pianofortestimm. Theaterstr. Nr. 2.

Für die vielen Beweise herzlicher Theilnahme anlässlich des Heimganges unseres lieben Gatten und Vaters, des

**Steuerraths**

**Albert Trogisch,**

sprechen wir hiermit unseren innigsten Dank aus.

Posen, den 11. Juli 1895.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Provinzial-Gewerbe-Ausstellung.

Sonntag, den 14. Juli

**Großes Konzert**

drei Kapellen.

Letzes Konzert der Wiener Damen-Kapelle.

Abends 8 Uhr: Eintreffen der Stadtfahrer vom Welt-Artist Arthur Richau in Danzig. Fr. Käthe Naumann mit Herrn Hauptmann Adolf Schwancke in Leipzig. Fräul. Marianne Fischer auf Rittergut Kannenberg mit Herrn Militär-Intend.-Assessor Paul Schneider in Magdeburg.

Etablissement „Riviera“.

Dem geehrten Publikum halte ich mein mit allem Comfort eingerichtetes 9280

**Garten-Etablissement**

bestens empfohlen.

Der äußerst schattige Garten verbunden mit Saal, eignet sich vorzüglich zur Abhaltung von Vergnügungen geschlossener Gesellschaften und Vereine.

Für gute Speisen und Getränke — vorzügliches Lagerbier aus der Brauerei Alten Gesellschaft von Gebr. Hugger, sowie Kulmbacher Bier — ist bestens Sorge getragen. Bedienung prompt. Aufenthalt angenehm. Elektrische Beleuchtung. Spielplatz für Kinder. Regelbahnen.

öffentliche Tanzbelustigungen finden nicht mehr statt.

Um regen Besuch bitten ganz ergebenst

**F. Steuer,**

Thiergartenstr. 14,

Bor dem Zoologischen Garten.

**„Die Neue Welt.“**

Lieferung 3

ist erschienen.

Preis jeder Lieferung 50 Pf. (per Post franco 60 Pf. gegen Einsendung des Beitrages.)

Jeder Käufer aller 16 Lieferungen erhält das grossartige Kunstblatt

„Falknerin“

von Professor J. KOPPAY in Farbendruck am Schlusse gratis.

In der Stadt und Provinz Posen nur allein zu beziehen durch die

**Expedition  
der Posener Zeitung.**

**Maschinen- und Bauguss**

nach eigenen u. eingesandten Modellen, roh und bearbeitet, lieferbar in guter Ausführung die

Protschiner Maschinenfabrik, Protschini.

15964

Allgemeiner Deutscher Versicherungs-Verein

Generaldirektion STUTTGART Uhlandstr. Nr. 5.

Juristische Person. Gegründet 1875. Staatsoberaufsicht.

Filialdirektionen

BERLIN

Anhaltstrasse No. 14

in WIEN

I. Graben 16.

Gesamt - Reserven Mk. 7,565,600.50.

**Haftpflicht-Versicherung,**

umfassend:

**Körperverletzung und Erkrankung**

sowie

**Sachbeschädigung.**

Der Verein gewährt:

9242

90 oder 100 % des Schadens

bei Körperverletzung und zwar sowohl bei 90 als bei 100 %

Versicherung in unbegrenzter Höhe,

mit fester Prämie,

d. h. Ausschluss der Nachzahlungsverbindlichkeit vermittelst Rückversicherung.

**Vollen Anteil am Gewinn**

**Dividende 20 %.**

**Billigste Prämie, günstigste Bedingungen**

unter Zusicherung von

**Universal-Policen und Billigkeits-Entschädigungen.**

Versicherung für alle

**Lebens- und Berufs-Verhältnisse,**

insbesondere für

industrielle Unternehmungen, Besitzer von Pferden, Fuhr-

Land- und Forstwirthe, werk,

Inhaber von Handels-, Speditionsgeschäfte,

geschäften, Ärzte, Apotheker,

Hausbesitzer, Gastwirthe, Radfahrer, Jäger, Schützen,

sowie für Gemeinden.

Am 1. Juni 1895 bestanden in sämtlichen Abtheilungen des Vereins 163 330 Versicherungen über 1,272,659 versicherte Personen.

**Subdirektion Posen**

**Louis Jacoby, Berlinerstrasse 4.**

  
**Weissbier**  
Brauerei  
Ed. Gebhardt,  
BERLIN, N, Prinzen-Allee 79/80.

Versand nach allen Theilen des deutschen Reiches

a. in 1/4 und 1/2, To. oder 1/4 und 1/2 Hekt.

b. in Flaschen zu ca. 1/10 Liter Inhalt.

8526

**Münchener Löwenbräu**

Weltausstellung Chicago höchste Auszeichnung.

Gärtner-Ausdruck:

Restaurant Schleifer, Berlinerstraße,

Wiedermann, Königsplatz.

In Gebäuden u. Flaschen zu Engros-Breiten stets vorrätig beim General-Betreter Fernsprechanschluß Nr. 181.

8602

Oscar Stiller,

Breitestr. 12.

**Ostseebad Göhren  
Insel Rügen.**

Auf lieblich bewaldeten Hügeln am Strande Mönchguts, eines der beliebtesten Ostseebäder. Ausflüchten (Nordpeerd) gehören zu den schönsten Deutschlands. Luft für Nerven- und Brustleidende vorzüglich. Alterthümliche Trachten und Sitten der Bewohner. Hotels, Logirhäuser komf. mit schönen Fernsichten. Bester Badegrund Rügens. Warme und kalte Seebäder. Prospekte gratis und franco durch

5102

**Die Badeverwaltung.**

**Bad Polzin;** 16 Kilometer vom Bahnhof Gr. Stambin der Stettin-Danziger Eisenbahn, in höchst romantischem Gebirgsthal, am Eingang in die l. g. "Pommersche Schweiz", alt bewährter Kurort. Starke Eisensäuerlinge, Trinkquelle, sehr lohenswürdige Stahl-Soolbäder (nach Lipperitz Methode), Fichtnadel, Moor-Bäder, frische Bergluft. — Kurzeit vom 15. Mai bis 15. September. — Außerordentliche Erfolge bei Blutarmuth, allg. Schwächezuständen, Nervenkrankheiten, chronischem Rheumatismus, Frauenkrankheiten. Badehäusler: Marienbad, Friedrich-Wilhelmsbad, Johannishbad, Vittoriabad, Louribad. Völker-Benfon incl. Wohnung 18—36 Mark wöchentlich. 6 Arzte am Ort. Ausflüchte ermöglicht die Bade-Verwaltung und Karl Riesels Reisekontor, Berlin.

2953

Gempel der ist. Brüder-Gemeinde.

Freitags, 7<sup>th</sup>, Uhr Abends: Gottesdienst.

Sonnabend, 9<sup>th</sup>, Uhr Vorm.: Gottesdienst.

Der Jugendgottesdienst fällt während der Ferien aus.

Zu laufm. Buchführungs- u. sonst schriftl. Arbeiten, zum Unterricht in Buch. u. Corresp. empfiehlt sich, um ges. schriftliche Überlieferung geehrter Anträge bitten.

Julius Dienstfertig, St. Adalbertstr. 28, I.

Buchhalter u. Konzess. Lehrer für Buch. u. Corresp.

9253

Himbeersaft frisch von der Bresse bei Hartwig Kantorowicz,

9265 Wronkerstr. 6.

Zwei Buchdruckerpressen stehen billig zum Verkauf. 9179

Näheres durch St. Podlaski in Gostyn.

Rußschalen-Extract aus C. D. Wunderlich's Hof-Barfümeriefabrik, prämiert 1882 u. 1890, seit 31 Jahren mit grossem Erfolg eingeführt, ganz unschädlich, um grauen, rothen u. blonden Haaren ein dunkles Aussehen zu geben.

Dr. Orlas Haarfärbensüssöl, zugleich feines Haaröl, macht das Haar dunkel und wirkt haarstärkend. Beide à 70 Pf. Orlas. Wunderlich's ächt und nicht abgefärbt. Haarfärb-Mittel à 1 Mr. 20 Pf. Das Beste was es gibt b. J. Schleyer, Breitestr. 13 und J. Barolkowski, Neustadt. 8777

Große Ritter kaufst jederzeit

Adolph Kantorowicz.

M. 6—10,000 II. Hypothek sofort oder später gesucht. Offert.

P. 19 Exed. d. Bos. Btg. erb.

Special-Ausflüchte in vertraulicher Art und Weise über Vermögens-, Geschäfts-, Credit-, Familien- u. Privat-Verhältnisse, auf alle Plätze ertheilt äußerst prompt u. gewissenhaft, auch übernehmen Recherchen aller Art; Greve & Klein, Internationales Ausflüchte-bureau, Berlin, Friedrichstraße 58, I.

Heir

## Polnisches.

Posen, den 11. Juli.

s. Der „Goniec“ schreibt: „Unser Preß steht es nicht frei, vor Allem katholisch und aufrichtig polnisch zu sein, wie dies der „Kurier“ haben will. Unsere Blätter müssen, gestützt auf katholischer Grundlage, vor Allem polnisch sein, denn das Polenthum ist heut mehr bedroht als der katholische Glaube. Darum denken wir nicht im mindesten daran, in die Fußstapfen der „wackeren deutschen Presse“ zu treten, ebenso wie es uns nicht in dem Sinn kommt, Alles von dem „nüchternen, einzigen richtigen Gesichtspunkte der katholischen Interessen aus“ zu betrachten. Möge der „Kurier“ kämpfen, um beiden Gegnern Ansehen zu erlangen, während die Nation dem Drucke des Germanismus, des Russenthums und der dynastischen, österreichischen Strömungen untersteigt. Gott sei Dank, dies Blatt wird unter der polnischen katholischen Presse nicht viele Anhänger finden. Nehmen wir uns vor der Germanisierung durch die Kirche in Acht!“

s. Eine Posener Korrespondenz des Krakauer „Gazas“ berichtet, die er Tage: „Aus Anlaß der bevorstehenden Besuche aus Polen eiligen von Berlin aus spezielle Instruktionen für die Behörden eingetroffen seien betreffend das Verhalten während des Empfangs und der Anwesenheit der Polen. Der Präsident der Posener Polizei ist auf Urlaub gegangen; die Ausführung jener Instruktionen liegt also dessen Lehrer freigem Betreuer ob.“ Hierzu meint der „Dziennik“: „Wozu unnötig herausfordernd, daß in irgend welchen „speziellen Instruktionen der Behörden“ dem Polen, für den Empfang der galizischen Gäste zusammengetretene Komitee, das sich in dieser Angelegenheit bereits mit der Polizei in Einvernehmen gesetzt hat, nichts bekannt ist. Die biesigen Behörden wissen, daß der Empfang sich in gesetzlichen Grenzen halten wird, und daß sowohl die Wirths als unsere heuren Gäste dieselben innthalten werden. Sehr richtig hebt auch der Lemberger „Dziennik polski“ hervor, daß die galizischen Polen nicht darum nach Polen kämen, um dort Politik zu machen. Denn der Aufzug entbehrt von dem Augenblick an, wo er ins Leben gerufen wird, jeden politischen Charakters und werde dies Merkmal bis zu Ende bewahren.“ Wir erklären uns mit dem Lemberger Blatte völlig einverstanden, daß es lächerlich ist, die galizischen Gäste zu verbächtigen, als gelüste es sie, Politik zu machen. Diese Besichtung ist völlig unbegründet und ist in einigen chauvinistischen deutschen Blättern und merkwürdiger Weise auch im Kopfe des Posener Mitarbeiters des Krakauer „Gazas“ ausgehebt worden. Wozu sich so lächerlich machen? Das biesige Empfangskomitee sieht sich dem Berichte des „Goniec“ zufolge zusammen aus den Herren J. Dobrowolski, M. Dylcer, L. Frankiewicz, Cegelski, Dr. Kuszela, B. Lejcewicz, J. Matejko, J. v. Skrzylewski, W. von Urbanowicz, M. Węgrowski und J. Zeyland.

s. Zum Jubiläum Ledochowski. Der „Goniec“ fragt, ob die galizischen Blätter nicht müssten, welche Feier dieser Tage Großpolen begehen? Sie sollten etwas mehr Theilnahme an den Tag legen. — Besondere Feierlichkeiten veranstalten noch Berlischer polnischer Blätter am Jubiläumstage der Verein von Schuhmachergefeilen hier selbst, der Berliner Piusverein und der Hamburger Polinnenverein „Wiente“.

## Aus der Provinz Posen.

s. Samter, 9. Juli. [Vertretung. — Kinderfest.] Der biesige Kreislandrat von Blandenburg ist für die Zeit vom 10. Juli bis einschließlich den 13. August beurlaubt und wird während dieser Zeit vom (herzogl. Altenburgischen) Amtsroth Gasse-Dotorow vertragen. — Die biesige Israelitische und die biesige katholische Schule feierten gestern bzw. heute ihre diesjährigen Sommerfeste, welche vom schönsten Wetter begünstigt waren. Ein Bursche wurde gestern dabei erstickt, als er abends beim Einmarsch der Israelitischen Schulkindern nach diesen mit Steinen warf. Er wurde sofort verhaftet. Die evangelischen Schulkindern wurden vor etwa 14 Tagen bei ihrem Einzuge ebenfalls von losen Buben mit Steinen beworfen, ohne daß jedoch die Wissethäler damals ermittelt wurden. Zur Bestrafung solchen Unfanges wäre eine exemplarische Strafe wohl angebracht.

ch. Rawitsch, 9. Juli. [Schüler-Ausflug. Boh-

rungen nach Wasser.] Gestern früh haben 43 Böglinge des biesigen Lehrerseminars, alle der ersten Klasse angehörend, in Begleitung des Direktors und zweier Lehrer einen Ausflug nach der Insel Rügen unternommen. Ein vierter Lehrer ist bereits am Sonnabend vorausgefahren, um Quartiere und Verpflegung zu besorgen. Die Dauer des Ausfluges ist auf 5 Tage berechnet. Von der Insel aus treten die Böglinge gleich die großen Ferien an. — Um sicher zu sein, daß die Bohrungen auf Trintwasser auch sachverständig ausgeführt werden, sind diese Arbeiten dem Ingenieur Hempel übertragen worden, — der sich von früheren Arbeiten her hier eines guten Rufes erfreut — obwohl andere Unternehmer billigere Offeren gemacht haben. Es sollen 6 bis 18 Bohrlöcher hergestellt und in diese Röhren eingetrieben werden, so daß in diesen der Wasserstand beobachtet werden kann. Proben der erhobenen Erdschichten werden dem Geologen zur Untersuchung zugestellt werden. Da es von diesen Bohrungen eigentlich abhängt, ob genügend Wasser für eine Wasserleitung in nicht allzugroßer Ferne von der Stadt zu haben sein wird oder nicht, ist man auf das Resultat gespannt.

ch. Rawitsch, 10. Juli. [Gedenkfeier. Stadtverordnetenversammlung.] Aus Anlaß der fünfundzwanzigsten Wiederkehr der Siegestage von 1870/71 beabsichtigt der biesige Kriegerverein eine Gedenkfeier zu veranstalten. Als Feiertag ist der 4. August in Aussicht genommen. Nach dem vorläufig entworfenen Programm findet an diesem Tage Vormittags 10 Uhr ein gemeinsamer Kirchgang der Kameraden und nach der Kirche eine Gedächtnisfeier für die im Kriege gefallenen Kameraden an dem zum Gedächtnis derselben errichteten Denkmale statt. Nachmittags von 3 Uhr ab findet ein Gartenfest, Konzert und Abends Feuerwerk statt. — In der gestern Nachmittag abgehaltenen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung kam nochmals die Angelegenheit betr. die Verlegung der Telegraphenleitungen innerhalb des Stadtbezirks zur Sprache. Wie an dieser Stelle bereits früher mitgetheilt, hatte der Magistrat die Ober-Borddirektion ersucht, die oberirdischen Telegraphenleitungen zu beseitigen, weil die Leitungsräthe durch die Kronen der an der Bahnhofstraße stehenden Bäume gehen, die Bäume deshalb in verunzarter Weise ausgeschnitten worden sind und weil ein gleiches Vorgehen seitens der Postbehörde auf anderen Straßen zu erwarten war. Dem Antrage des Magistrats wollte die Postbehörde insofern nachkommen, als sie zur Errichtung einer unterirdischen Kabellinie vom Postamt bis zum Bahnhofe, mit einem Kostenaufwand von rund 1000 M., bereit war, aber die Errichtung dieser Linie von der Bedingung abhängt, daß die vom Postamt nach Sarno und Pakoslaw führenden Telegraphenleitungen innerhalb des städtischen Territoriums in ihrem jetzigen oberirdischen Traktus bleibt und Anträge wegen Verlegung derselben von der Stadt für die Folge nicht mehr gestellt werden. Diese Verzichtsleistung hat der Magistrat abgelehnt. In Folge mehrfacher Verhandlungen ist es nun zu einer Einigung dahin gekommen, daß der Magistrat vorläufig auf die Errichtung einer unterirdischen Leitung verzichtet und sich bis auf Weiteres bereit erklärt, in vor kommenden Fällen zu gestatten, daß Zweige, welche die Leitungsräthe berühren, in schöner Weise zurückgeschnitten werden. Die Postbehörde dagegen soll es versuchen, in der Bahnhofstraße die Räthe über die Häuser hinwegzuführen. Die übrigen Sachen waren von geringer Bedeutung.

O Lissa i. P., 9. Juli. [Armenklasse. Auktion. Handwerkerverein. Erinnerungsfeier. Neues Distriktsamt.] Die biesige Armenklasse hat für das verloste Quartal an Zuwendungen 89,50 M. zu verzeichnen. — Gestern fand in Beditzwalde der öffentliche Verlauf der noch vom großen Wirtschaftlichen Betriebe des früheren Ansiedelungsgutes Belenzin herrührenden Viehhäfen und Wirtschaftsgegenstände statt. Eine große Anzahl Kaufleute hatte sich eingefunden. Der Erlös belief sich auf 4217,50 M. Vorgestern feierte der biesige katholische Handwerkerverein in Wolfsbrück sein diesjähriges Sommerfest. Zu demselben waren auch Vertreter auswärtiger Vereine, so aus Guhrau, Fraustadt, Seitisch und Glogau erschienen. — Der biesige Militärverein veranstaltet am 27. d. Mts. im Schießwerder eine Erinnerungsfeier an den Tag, an welchem das hier garnisonirende 3. Bataillon des 50. Infanterie-Regiments 1870 zum Feldzug gegen Frankreich von hier auszrückte. Die Feier wird

in einem Gartenfest mit darauf folgendem Ball bestehen. — Mit dem 1. April nächsten Jahres wird in Luschwitz ein Distriktsamt errichtet. Der hierzu erforderliche Neubau ist auf dem Grundbesitz des dortigen Gastwirts Szymowik von dem Baumeister Rieck aus Fraustadt ausgeführt worden. Luschwitz war schon früher Sitz eines Distriktsamtes.

1. Bronke, 11. Juli. [Diamond-Hochzeit. Ferienkolonisten.] Gestern feierte das Künstler Ribesche Ehepaar hier selbst die Diamond-Hochzeit, d. h. die sechzigste Wiederkehr ihres Hochzeitsjahrs. Zu diesem Fest hatten sich alle auswärtig wohnhaften Kinder und Enkel, darunter ein Sohn aus Mexiko, eingefunden. Dieses Jubelpaar erfreut sich noch einer guten Gesundheit und genießt hierzulande wegen seiner Wohlhättigkeit und Rechtschaffenheit allgemeine Achtung und Verehrung. Seitens der Stadt wurden die Glückwünsche durch den Bürgermeister und den Stadtverordneten-Vorsteher persönlich übermittelt; auch ließen zahlreiche kirchliche Gratulationen ein. — Vom Verein für häusliche Gesundheitspflege in Berlin trafen dieser Tage auch hier 12 Ferienkolonisten (9 Knaben und 3 Mädchen) ein, welche in einzelnen Familien während vier Wochen unentgeltlich beherbergt und versorgt werden.

h. Schwerin a. W., 9. Juli. [Statistik.] Nach der am 14. Juni stattgehabten Berufs- und Gewerbezählung besteht unsere Stadt aus 1655 Haushaltungen; als anwesend gezählt wurden 3061 männliche und 3397 weibliche Personen, mithin eine Einwohnerzahl von 6458. Landwirtschaftskarten wurden 614, Gewerbebogen 287 abgegeben.

v. Tirschtiegel, 9. Juli. [Schiffsbarmachung des Odraflusses.] Gegenwärtig bereitet ein Baumeister aus Berlin den Odrafluss. Derfelbe hält sich am Sonnabend im Tirschtiegel auf. Wie man erzählt, findet die Versetzung im Interesse der Schiffsbarmachung des genannten Flusses statt.

g. Tirschowin, 10. Juli. [Vom Lehrerverein. Großer Umbau. Fünfzigjähriges Jubiläum.] In der letzten Sitzung des Lehrervereins für Dublin und Umgegend wurde vom Vereinsvorsitzenden Müller-Szaradowo der Kassenbericht erstattet. Bei der hierauf vorgenommenen Vorstandswahl wurden Sahnsontal als Vorsitzender, Mostek-Dublin als dessen Stellvertreter und Gesangssänger wieder gewählt. — Im nahen Dublin haben in einer der letzten Nächte mehrere Burschen dadurch großen Unrat verübt und die nächtliche Stille gestört, daß sie große Steine gegen die Scheunentore warfen, Zäune umbrachen und Bretter abrissen. Nicht weniger als 12 Burschen sind vom Gendarmerie dieserhalb zur Bestrafung rotlicht wurden. — Die altlutherische Gemeinde im benachbarten Mittelsch, welche mit vielen Opfern aus eigenen Mitteln ohne jede staatliche Hilfe Kirche, Pfarrer und Schule errichtet und erhalten hat, feierte gestern das 50jährige Jubiläum der Weihe ihrer Kirche.

X. Wreschen, 9. Juli. [Jahrmarkt. Gewerbezählung.] Der heutige Jahrmarkt ist früh unter der Ungunst eines heftigen Regens, der eine geringe Befuhr und eine schwache Belebung. Seitens der Landbevölkerung zur Folge hatte. Das Geschäft war daher in den Läden und auf dem Markt ein schleppendes. Auf dem Pferdemarkt waren viel Pferde aus Russisch-Polen aufgetrieben, die gut bezahlt wurden; Rindvieh und Schweine erzielten weniger hohe Preise. Die Befuhr auf dem Getreidemarkt war kaum nennenswert. — Bei der letzten Gewerbezählung war unsere Stadt in 42 Bezirke eingeteilt. Dieselben zählten 1068 Haushaltungslisten. Anwesend waren 2411 männliche und 2664 weibliche, zusammen 5075 Personen. Landwirtschaftskarten wurden 68, Gewerbebogen 206 ausgefüllt. Mit der größeren Zahl abwesender Personen beläuft sich die Einwohnerzahl unserer Stadt auf ca. 5200 Personen, sodass eine Vergrößerung der Stadt stattgefunden hat.

F. Ostrowo, 11. Juli. [Feuer mit Menschenverlust. Konkurs. Verwalter. Personalausnotiz.] Heute früh 3<sup>1</sup>/2 Uhr brach auf dem Gehöft des Wirthes Valentini Romal in dem ungefähr 5 Kilometer von hier entfernten Dorfe Janow pr. g. Feuer aus, welches ein Wohnhaus, zwei Pferdeställe und einen Kübstall einäscherte. Beider ist auch eine alte Frau, die in dem Wohnhause schlief, in den Flammen umgekommen. Das Feuer ergriß dann das Gehöft des Nachbarwirthes Wrobel und

## Die Anatolische Juno.

Roman aus dem früheren Berlin  
von Hans Wachenhusen.

(21. Fortsetzung.) [Nachdruck verboten.]

„Aufrichtig gesagt, sah mir Deine Schwester dort recht verstimmt aus, wenigstens zeigte sie keine Theilnahme, sie vermied auch jede Unterhaltung auch mit mir, während wir doch als Kinder uns so gut verstanden, daß ich immer ihr Mitter sein mußte . . .“

Immer dieselben Anspielungen und indirekten Fragen mußte Gregor über seinen Schwager hören, er wiederum war zu zaghaft, um offene Rede zu fordern. So hatte er es auch seinem Freunde gegenüber gethan . . .

Emmy also war schon auf der Sommerreise verstimmt, nicht glücklich mehr gewesen und das hatte sie nach ihrer Rückkehr zu verheimlichen gesucht.

Besser wär's, es läme Alles gleich ans Tageslicht!“ rief er, dieser Unterhaltung eingedenkt, auf dem Wege vom Bormund nach Hause, wo er doch der armen Mutter frane Nerven schonen mußte. Und wie widerwärtig war seinem vornehmern Empfinden, was der letztere ihm zugemuthet, mit solchen Blickeern sich in Berührung zu setzen, um sich über Stefans offenbar bedrohte Lage klarheit zu verschaffen.

Aber er hatte dafür ja Franz schon eingeweiht. Der Bursche war schlau und gewandt, verschwiegen jedenfalls auch, wenn er gut bezahlt wurde. Franz sollte das Alles übernehmen.

Franz hatte den Eindruck der Begegnung im Siechenischen Bierhause inzwischen kaum überwunden und dazu hatte er eine Unannehmlichkeit gehabt. Zwischen Stallung und Garten hin und her schlendernd, sah er plötzlich eine jugendliche Frauengestalt durch das Eisenportal kommen, die in leicht sippender Herbsttracht direkt auf ihn zuschritt. Als sie den Halbschleier hob, erkannte er seine durchgegangene Schwester Nanny. Das Wort stockte ihm im Munde, als er ihren Gruß erwidern sollte.

Unzufrieden musterte er, der „rechtschaffene“ Mensch, die gefragt! Das arme Ding ist beim königlichen Ballet,

Leichtfunninge, die jedenfalls nur zurückgekehrt, um ihm hier zur Last zu fallen.

„Schämst Du Dich nicht, mir noch vor Augen zu kommen?“ fragte er, argwohnisch ihre Toilette betrachtend.

„Nicht im Geringsten! Ich bin ja schon seit vier Wochen hier“, lachte Nanny, eine hübsche Blondine mit einstudiertem Augenschlag. „Du brauchst nicht zu glauben, ich wollte was von Dir! Dazu bist Du mir nicht der Mann! Mein Bräutigam, der jetzt hier bei Renz als Clown engagiert ist, verdient Geld genug, um Dich über die Achsel ansehen zu können, und ich bin für Tableau in der Statisterei angestellt. Wir speisen Mittag und Abend in T.'s Hotel wie viel andre anständige Leute. Uebrigens hat mein Bräutigam mir dramatischen Unterricht geben lassen und nächstens wirst Du mich auf der Bühne wieder sehen, aber anders!“

„So? Na, ich gratuliere!“ rief Franz verächtlich . . . „Hast Du denn die franke Mutter schon gesehen, die es wohl nicht lange mehr mitmachen wird?“ Franz, der diese selbst längst vernachlässigt, fragte das mit so viel Pietät.

„Mich von ihr noch einmal hinauswerfen zu lassen! Ich danke dafür!“ Nanny verzog spöttisch den hübschen Mund und rümpfte ihr Stuhsnäschchen. „Ich komme im Vorbeigehen auch nur zu Dir, um Dir von Deinem guten Freund Trundel zu erzählen. Ein paar nette Kinder ward Ihr! Er hat seit Kurzem in der Stallung bei uns ein Unterkommen gefunden, als er gestern gegen Schlüß der Vorstellung aber von einem Schutzmann abgeholt wurde und der ihm erlaubte, erst seinen Rock in der Stallgarderobe zu suchen, flüsterte er mir zu, ich solle Dir sagen, was ihm geschehen, damit Du Bescheid wüßtest . . . Was Gutes werdet Ihr beide zusammen nicht angestellt haben!“ setzte sie höhnisch hinzu, als sie den Bruder so überrascht sah . . . „Adieu indez! Ich habe noch eine Besorgung, Du weißt ja, wo Du mich finden kannst! . . . Das ich nicht vergesse!“ wandte sie sich noch einmal zurück. „Deine Eroberung, die Du gemacht hast, als Du bei der Gräber so durchfiest, hat mich so theilnehmend nach Dir

hatte aber einen schlechten Fall gethan und lag draußen bei ihrer Mutter bis sie gehext worden. Ich gratuliere Dir zu der Eroberung.“

Sie wandte sich zum Ausgang, und er stand da, die Hände auf dem Rücken, ihr mit starrer Miene nachschauend.

„Verschluß!“ knirschte er, „Ists nicht gerade, als hätte sich alles . . .“

Und da sah er denn seinen Herrn in das Portal treten, inne halten und dem hübschen Mädchen nachschauen, das schnippisch lachend an ihm vorübergeschritten.

„Wer war denn die und was wollte sie hier im Hause?“ fragte Gregor mit einem Gesicht, als sei ihm das Mädchen bekannt. Franz spielte den Vorsichtigen, er zuckte die Achsel . . .

„Vielleicht eine Bekanntschaft von . . .“ Er deutete zum Souterrain hinab. „Ich sah sie von da herauskommen.“

„Ich wette darauf, die kleine Statistin von Scolls, die so plötzlich verschwand.“ Gregor schritt zur Hinterthür des Hauses.

Franz wartete nicht umsonst unten im Korridor, daß sein Herr ihn rufen, irgend einen Befehl für ihn haben werde, er fand ihn, wie jetzt immer, unruhig sein Zimmer messend, denn die Neuverzehrungen des Bormundes ließen Gregor keine Ruhe.

„Ich habe einen speziellen Auftrag für Dich!“ begann er . . . „Hörte genau auf, was ich Dir sage. Deine Belohnung soll eine doppelte sein, wenn Du die Spuren findest, die ich suche!“

Gregor begann jetzt mit der ganzen Entrüstung eines jungen Mannes, der einen nahen Angehörigen durch eine Schurkenbande umgarnt und ins Verderben gezogen sieht, zu erzählen und Franz lauschte ihm, zuweilen bestätigend durch Kopfnicken, bis endlich der Name Lamby fiel. Da trat dem aufmerksamen Zuhörer der letzte Tropfen Bluts aus dem Antlitz. Er zog das Taschentuch, fuhr sich über die Stirn und stellte sich, als rege ihn die Sache furchtbar auf. Erst als Gregor hinzufügte, auch jener Lamby stehe mit dem Gerichte schon von früher auf gespanntem Fuß, vermochte er wieder aufzuhören.

(Fortsetzung folgt.)

zerröste einen Pferde- und einen Kuhstall. — Zum Konkursverwalter der M. Badurkschen Konkursmasse hierelbst ist Buchhändler Hermann Hahn ernannt worden. — Rector Dr. Keller, der fünf Jahre hindurch an der 10klassigen evangelischen Schule hierelbst gewirkt hat, ist von der Königl. Regierung zu Posen auf seinen Antrag zum 1. Oktober cr. als Rector und Volkschulinspektor der deutschen Bürgerschule nach Pleschen an Stelle des jüngst verstorbenen Rectors Globel daselbst berufen worden.

X. Usch., 10. Juli. [T u r n i g e r ä t h e. G i n f ü h r u n g.] In der heutigen Sitzung des evang. Schulvorstandes wurde beschlossen, für die hiesige ev. Schule baldigst die erforderlichen Turngeräthe anzuschaffen. — Der von Trolong, Kreis Mogilno, nach hier versetzte Lehrer Wöllmann wurde heute durch den Kreisschulinspektor Beckwarth-Friedheim in sein Amt eingeführt. Zu der Feier waren außer den Lehrern der Schule auch 2 Mitglieder des Schulvorstandes erschienen.

F. Giesen, 10. Juli. [K u n a b e n w a s s e n h a u s. O b e r b u r g e r m e i s t e r M a c h a t i u s.] Das vor etwa 40 Jahren durch den verstorbenen Major Grünmüller hier begründete Knabenwaisenhaus, welches später Korporationsrechte erhielt und durch ein Directorium gesetzelt wurde, soll jetzt nach einem Beschlusse des Vorstandes aufgelöst werden, da es seinem Zwecke nicht mehr entspricht. Zur Ausführung dessen muß erst eine Generalversammlung der Mitglieder des Knabenwaisenhauses einberufen werden, welche über die Verwendung des etwa 18000 Mark betragenden Vereinsvermögens zu bestimmen hat. Nach dem Statut soll das bei der Auflösung vorhandene Vermögen der Stadtgemeinde mit der Bebindung zufallen, die Binsen dieses Kapitals zu Stipendien für würdige Schüler hiesiger Städte ohne Unterschied der Konfession und Nationalität zu verwenden. Das Stipendium soll mindestens 150 Mark jährlich betragen und auf 3 Jahre durch die städtischen Behörden verliehen werden. Keine Konfession soll dabei einen Vorzug haben, sondern der Genuss des Stipendiums abwechselnd eintreten, so daß, wenn in den ersten 3 Jahren das Stipendium einem Evangelischen verliehen wird, dasselbe in den nächsten drei Jahren einem Katholiken oder Israeliten zufallen muß. — Der Oberbürgermeister Machatius wird, wie verlautet, am 1. Oktober dieses Jahres, beim Eintritt seiner Penitentur, seinen künftigen Wohnsitz in Nowograz, wo sein verheiratheter Sohn als Stabs- und Bataillons-Arzt fungirt, nehmen.

II. Bromberg, 11. Juli. [G i n e n S e l b s t m o r d v e r s u c h] unternahm gestern ein Fräulein R. hierelbst, indem sie aus einem Revolver einen Schuß auf sich abgab. Ihren Zweck erreichte sie jedoch nicht, wenn auch die davongetragene Verlezung eine lebensgefährliche ist. Der Grund ist in der Substitution ihres Grundstückes zu suchen. Voriges Jahr erschok sich übrigens der Bruder der R. wegen geschäftlicher Schwierigkeiten.

### Aus den Nachbargebieten der Provinz.

\* Breslau, 10. Juli. [A k a d e m i s c h e O r t s g r u p p e.] Wie wir schon berichteten, fand vor einiger Zeit in einem Hörsaal der Universität eine Versammlung statt, in der Professor Dahn einen Vortrag über die Ziele des Vereins für das Deutschthum in den Ostmarken hielt. Der Verein deutscher Studenten sah darauf den Beschluß, eine akademische Ortsgruppe jenes Vereins zu gründen, und verlangte vom Rector, er möge ihnen zu einer allgemeinen Studenten-Versammlung das Auditorium maximum bewilligen. Dieses Gesuch lehnte der Rector ab. Wenn es auch Federmann freisteht, einer Ortsgruppe jenes Vereins beizutreten, so muß doch der Versuch, eine nur aus Studenten bestehende Ortsgruppe zu gründen, als die Bildung eines politischen Zieles verfolgenden Studentenvereins angesehen werden; da solche Studentenvereine nicht gestattet werden, mußte der Rector die Hergabe des Auditoriums für diesen verbotenen Zweck ablehnen. Gestern versuchte nun der Verein deutscher Studenten, an den Thüren der Universität Flugblätter zu verthellen, durch welche alle Studenten zu einer allgemeinen Studentenversammlung ins Hotel "König von Ungarn" geladen wurden. Da auch dieses Verfahren den Studenten gelegen zu widerstehen, mußte der Rector abermals einschreiten und die weitere Vertheilung verhindern. — Die Versammlung fand gestern Abend in dem genannten Hotel statt. Im gestrigen Abendblatt der "Schles. Btg." wurde die Abhaltung dieser Versammlung damit begründet, daß der Rector magnificus wegen des von den polnischen Studenten erhobenen Widersprüches gegen die Gründung einer akademischen Ortsgruppe des Vereins zur Förderung des Deutschthums in den Ostmarken die Abhaltung weiterer diese Angelegenheit betreffenden Versammlungen in den Räumen der Universität verboten habe. Das steht mit obigen Ausführungen im Widerspruch. Auch der Leiter der Versammlung, stud. jur. Sohlisch, erklärte der "Bresl. Btg.", daß der Rector die Hergabe des Auditoriums deswegen abgelehnt habe, weil es sich um die Bildung eines politischen Zwecks verfolgenden und somit verbotenen Studentenvereins handle. Die Versammlung, welche rechtzeitig polizeiell angemeldet gewesen war, wurde von einem Kommissarius, der in Begleitung eines Schuhmanns eröffneten war, überwacht. Zu einer Konstituierung der Ortsgruppe kam es in dieser Versammlung, die nur von etwa 30 Teilnehmern besucht war, nicht. Vertreten waren außer dem Verein deutscher Studenten in derselben der D. C. (Burschenschafter), der Akademische Turnverein, der Wissenschaftlich-pharmaceutische Verein und der Akademisch-ländliche Verein. Die Versammlung beschäftigte sich nur mit einer Besprechung der für die hiesige Ortsgruppe entworfenen Statuten. Der § 3, welcher lautet, "Mitglied der Ortsgruppe kann jeder Student germanischer Abstammung werden" rief zunächst Widerspruch hervor. Ein Vertreter des D. C. erklärte sich, da es weniger auf die Abstammung als vielmehr nur auf die Gewinnung ankomme, für die Aenderung: "Mitglied der Ortsgruppe kann jeder Student deutscher Nationalität werden." Da aber auch dies noch als lästige Beschränkung angesehen wurde, fand ein weiterer Vorschlag größere Billigung der sich damit genügen ließ zu sagen: "Jeder an der Breslauer Universität eingeschriebene Student" könne Mitglied werden. Während dieser Befreiung erschien der Oberpedell der Universität und forderte im Namen von Rector und Senat zur sofortigen Auflösung der Versammlung auf. Der überwachende Polizei-Kommissarius meinte zunächst, er sände keinen Anlaß, die Versammlung zu schließen. Angehört ist aber des Lärms, der sich auf die wiederholte Aufforderung des Oberpedells erhob, und weil die Leitung den Händen des Vorsitzenden zu entfallen drohte, erklärte er, die Versammlung aufzulösen zu müssen. Unter diesen Umständen sah sich der Vorsitzende genötigt, den Schluß der Versammlung zu proklamiren. Man darf auf die weitere Entwicklung der Angelegenheit gespannt sein.

\* Brieg, 9. Juli. [E i n g e s t e l l t e s V e r f a h r e n.] Das gerichtliche Verfahren gegen Majunka, der, wie s. B. berichtet, vor der Kirche in Hoheniersdorf seinem Bruder und seinem Schwager mit einem geladenen Revolver aufgelauert hatte und mehrere Schüsse auf dieselben abfeuerte, ist eingestellt worden, da angenommen wird, daß er an Verfolgungswahniss leidet. Der bisher in Untersuchungshaft befindliche ist in die hiesige Irrenanstalt zur weiteren Beobachtung überführt worden.

\* Königsberg, 9. Juli. [E i n e g l ü c h l i c h e S t a d t.] Brav Leute sind die Guttstädt und sonstige Bewohner des Gerichtsbezirks dortselbst. Seit einiger Zeit, so wird der "Ostb. Btg." gemeldet, ist das Gerichts- und Polizeigefängnis der Stadt vollständig entvölkert und die Schöffengerichtsitzungen müssen ausfallen, weil Niemand die bestehenden Gesetze verletzt. O glückliches

Guttstadt, du führst deinen Namen als "gute" Stadt nicht zum Schein!

\* Tilsit, 9. Juli. [V o r s i c h t u n g e r e i n e.] Der seit gestern hier abgehaltene Verbandstag der ost- und westpreußischen Polizeibereine, dem zum ersten Male ein Vertreter der Regierung, Regierungsrath v. Hale aus Gumbinnen, beiwohnte, hat betrifft der geplanten Central-Genossenschaft mit allen gegen 4 Stimmen folgenden Beschluß gefaßt: "Die Errichtung einer staatlichen Centralkasse zur Förderung des genossenschaftlichen Personalredits ist als der gesunden Entwicklung des Genossenschaftswesens förderlich nicht zu erachten, überhaupt ist das Bedürfnis nach staatlichen Genossenschaftskassen zur Beschaffung der Betriebsmittel der Genossenschaften zu verneinen; der Verbandstag lehnt es deshalb ab, die Gründung von Centralkassen innerhalb des Verbandes anzuregen." Dem ost- und westpreußischen Verbande gehören z. B. 80 Vereine mit 43 736 Mitgliedern und einem Gesamtbetriebsfonds von 23 180 305 Mark an.

### Aus dem Gerichtssaal.

\* Benthen D.-S., 9. Juli. Aus den Schwurgerichtsverhandlungen über den K r a w a l l i n M i k u l i c h u s tragen wir noch Folgendes über den Schluß der Zeugenvernehmung aus dem Bericht der "Bresl. Btg." nach: Pfarrer Wainzoch, nochmals als Zeuge vernommen, bemängelt in einigen Punkten die Aussage des Zeugen Burek. Burek habe direkt nach dem Fronleichnamsfest Mittwutschuß verlassen sollen, habe aber trotzdem vermeldet, er bleibe bis zum 1. Juli im Orte. Daher sei es auch gekommen, daß die Leute ihn (den Pfarrer) interpellirt hätten, warum er so zeitig in Mittwutschuß erscheine. Des weiteren sei ihm bekannt gewesen, daß Burek Wirthschafterin anderen Leuten gegenüber sehr obsälig über ihn (den Pfarrer) gesprochen habe; u. A. sei von ihr das Gericht verbreitet worden, der neue Pfarrer sei ein alter, gebrechlicher Greis, der seine Funktionen wohl nicht ordentlich erfüllen könne. — Rechtsanwalt Woas: Ich bitte, die Wirthschafterin des Pfarrers Wainzoch zu fragen, ob ihr bekannt ist, daß der Administrator Burek die Bevölkerung gegen den Pfarrer Wainzoch aufseiretzt hat? Der Vors. fordert Frau Henning auf, sich zu äußern. — Zeugin Henning: Die Kinder zischen, wenn ich mich sehe sieß, Herr Burek war überaus unfreundlich gegen mich; eine Dienstmagd hat er, welche so abgerichtet ist, wie wohl kein Jagdhund . . . — Hauptlehrer Kraus vermag nicht zu belunden, daß der Administrator das Volk gegen den Pfarrer Wainzoch aufgereizt habe. Ich führe die Schuld an den traurigen Vorommitten auf die lange Falanz zurück, welche die Pfarrer Mittwutschuß durchzumachen hatte. Vier Wochen fand fast gar kein Gottesdienst statt. Das Volk schaute sich förmlich nach einem Geistlichen und wäre Pfarrer Wainzoch damals nach Mittwutschuß gekommen, so wäre er mit Freuden aufgenommen worden. Übrige Gerüchte drangen unterdessen von Alt-Tarnowitz nach Mittwutschuß, z. B. hieß es, der neue Pfarrer werde an der Spitze eines Regiments einen Einzug halten, er habe bläßige Hunde, welche die Gemeinde belästigen, und sei sehr prunkstündig. — Der Vorsitzende erklärt, nachdem die Staatsanwaltschaft und die Vertheidigung auf jeden weiteren Zeugen verzichtet, daß die Beweisaufnahme geschlossen würde. Dann meldet sich Pfarrer Wainzoch zum Wort. Der Vorsitzende erhebt es ihm. Pfarrer Wainzoch: Im Laufe der Verhandlung kam zur Sprache, ich hätte uneheliche Kinder in der. Ich erkläre dies für unwahr, für solche Gerüchte fehlt jeder Anlaß. Pfarrer Wainzoch hat noch den Präsidenten, den Angeklagten milde Umstände zugewilligen. Darauf wird Pfarrer Burek vereidigt. Der Vorsitzende erklärt nun die Beweisaufnahme für geschlossen und geht zur Feststellung der den Geschworenen vorzulegenden Schuldfragen über, deren Prüfung längere Zeit beansprucht. Es tritt hierauf die Mittagspause ein. — In der Nachmittagsitzung zogen sich die Geschworenen nach den Platzhöfers des Staatsanwalts und der Vertheidiger zur Berathung zurück. Die selben zur Beantwortung vorgelegten Schuldfragen lauteten: 1. Sind die Angeklagten schuldig, sich des Aufzugs, Auflaufs und Landfriedensbruchs und zwar als Räubeführer schuldig gemacht zu haben? 2. Sind milde Umstände vorhanden? — Nach 1½ stündiger Berathung lehren die Geschworenen zurück und der Obmann derselben verlas den bekannten Wahrspruch.

\* Benthen D.-S., 10. Juli. Der Schlepper L u d w i g Arndt, welcher am 2. d. Mts. die unverehelichte Susanne Blaizek ermordete, wurde vom Schmurgericht zum Tode verurtheilt.

\* Ratibor, 10. Juli. Unter der Anklage der schweren Körperliche Verhandlung ihres eigenen Kindes mittels gefährlichen Werkzeuges, sobald der Tod des Kindes eingetreten ist, stand heute die verehelichte Pauline Biela, geb. Burda, und deren Ehemann, der 21jährige Brauereiarbeiter Anton Biela aus Rybnit vor den Geschworenen. Zu der Verhandlung waren 12 Zeugen und 3 Sachverständige geladen. Die Vernehmung der Angeklagten brachte nach dem Bericht des "Rat. Anz." grauenhafte Einzelheiten ans Licht. Die Angeklagte gab am 23. Februar 1901 aufgerehlt einem kleinen weiblichen Geschlecht das Leben, dessen natürlicher Vater der Bergmann Stowronek war. Dieses Kind übergaß sie ihrer Schwester zur Pflege, welche sich derselben in der liebevollen Weise annahm. Vor etwa 1½ Jahren gab die Angeklagte wiederum ein Kind. Der Vater derselben ist der Angeklagte Biela. Im Januar cr. bekräftigten die Angeklagten. Im November v. J. hatte die Schwester, da die Pflegebeiträge ausblieben, der Mutter das Kind zurückgebracht. Das kleine Mädchen war den Eltern ein Dorn im Auge und wurde von diesen auf die grauslichste Art mißhandelt. Am Tage der Hochzeit der Mutter erhielt das Kind von derselben zwei Ohrstichen, welche das Gesicht der Kleinen blau und grün färbten. Der Angeklagte bearbeitete die "Bestie", wie er sich ausdrückte, fast jeden Tag mittels eines Leibrlemens derart, daß der Rücken ganz blau unterlaufen war. Schrie das unglückliche Weinen, so wurde es mit den rohesten Ausdrücken zur Ruhe gewiesen. Das Kind mußte auch hungern und die Unmenschlichkeit der Habenmutter ging soweit, daß sie ihrem Kind selbst einen Schluck Wasser verweigerte, und es, damit es sich nicht Wasser holen konnte, an den Tisch anband. So oft sie dasselbe anfaßt, schlug sie mit einem Stück Brennholz auf dasselbe los. Das Wimmern des armen Wesens wurde täglich von den Hausbewohnern gehört. Schließlich erstatte der Wirth des Biela-Anzeige und das Kind wurde am 28. März cr. von der Polizei abgeholt und ins Krankenhaus geschafft. Der Besuch des Zustandes war geradezu himmelschreidend. Drei Löcher, welche infolge Vernachlässigung etiefhaft eiterierten, wies die rechte Seite auf, die Beine des rechten Fußes waren abgefault, die einzige übrig gebliebene linke Sohle war gespalten und sah "wie die Scheere des Krebses aus." Der Kopf war voller Grinde, der Rücken blau und grün, die allgemeine Ernährung zum Erschrecken herabgegangen. Als Abschlußgruß gab die Angeklagte dem Kind die Worte auf den Weg: "Wenn ich wegen des Kindes ins Gefängnis komme, schlage ich es tot." Ebenso rührte sich der Angeklagte, das Kind "schwarz wie Peck" geschlagen zu haben. Der Zeuge Damczik, der Wirth der Angeklagten, sagte aus, daß das Kind, als es von der Schwester zurückgebracht wurde, geradezu reizend ausgesehen habe, rote Wangen gehabt, munter und fröhlich gewesen sei. Er hätte öfters dasselbe schreien hören und einmal gesehen, wie der Angeklagte mit dem Stiel, die Angeklagte mit einem Holzstück auf das Kind losgeschlagen hätten. Dabei hätte das Kind eine Lagerstätte gehabt,

welche aller Beschreibung spottet. Auf einem Kleiderständer lag ein kleines Klissen, welches vielleicht noch niemals gewaschen war, auf diesem lag das arme Kind, die kranken Glieder in Lumpen gehüllt und mit Lumpen zugedeckt. Ein Stück ihm versteckter Weise zu gereichtes Brot hätte es mit einer wahren Gier verschlungen, ebenso eine Tasse Kaffee, die die Tochter des Beuges ihm gereicht hätte. Dasselbe sagten die Töchter des Beuges aus. Polizei-Wachtmüller Tabel sagt aus, das Kind hätte er am 28. März abgeholt, es wäre nicht zum Ansehen gewesen. Gerade ungeheuerlich klingt das Gutachten des Arztes Dr. Silberberg. Er fand eine Veile am Schlüsselbein, welche von einem Bruch des letzteren hervorriete. Außerdem fand er unzählige blaue und bläulich-grüne Fleide, welche des älteren Kindes neueren Datums waren. Hand- und Fußrücken waren geschwollen; die Beine des rechten Fußes abgefault, Kopf und Gesicht zerstochen; im Übrigen sah das Kind wie ein Skelett aus. Der am 7. April eingetretene Tod sei eine unbedingte Folge dieser Verlegerungen und der schlechten Ernährung gewesen. Diesem Gutachten schloß sich im ausgedehnten Maße der Kreisphysikus Dr. Östmann aus Rybnit an. Die Todesursache sei Herz- und Lungenerkrankung hervorgerufen durch völlige Erstickung des Kindes gewesen. — Nachdem der Vertreter Staatsanwaltschaft dann in kurzen Worten den Thatbestand dargelegt, fuhr er fort: "Man muß sich fragen, warum nicht eher die Anzeige erfolgt ist; es hätte alsdann vielleicht noch das zarte Leben gerettet werden können. Ich muß meiner Entrüstung über diese grobe Nachlässigkeit der Leute, welche um die Misshandlung wußten, aussprechen. Die Frage nach milbenden Umständen hat der Vertreter der Staatsanwaltschaft zu verneinen. „Wir ist,“ schloß er, in meiner Praxis ein solcher Fall noch nicht vorgekommen. Der Mörder tödte sein Opfer mit einem Male, von den Angestalten wurde durch eine Reihe grausamer Misshandlungen das eigene Kind langsam getötet." Nach halbstündiger Berathung beahnten die Geschworenen die Schuldfragen im vollen Umfang ohne Annahme mildernder Umstände. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft beantragte gegen die Angeklagten je 15 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust. Der Gerichtshof erkannte auf je 10 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust.

\* Berlin, 10. Juli. Gegen den Redakteur Karl Schneidt und den Redakteur der "Ulmer Btg.", Eduard Engel, gelangte heute vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsraths Ameling die Anklage wegen Mordes bekleidet mit der Befreiung zur Verhandlung. Der Angeklagte Engels ist Verfasser eines Artikels "Wilhelms II.", der in der vom Angeklagten Schneldt redigierte, wöchentlich einmal erscheinende Zeitschrift "Die Kritik" am 23. März d. J. veröffentlicht worden ist. In dem Artikel wird der Versuch gemacht, den Charakter des Kaisers in objektiver Weise zu würdigen. Nach der Anklagebehörde ist dies dem Verfasser nicht gelungen, in seinen Ausführungen werden Ehrverleugnungen des Kaisers gefunden. Der Angeklagte Engels führt aus, daß der Artikel sich nicht gegen den Kaiser, sondern gegen die Opposition richtet. Wenn er dabei der Eigenarten des Kaisers Erwähnung thue, die ihm von der Opposition zum Vorwurf gemacht würden, so sei dies unerlässlich gewesen, um die Nichtberechtigung der Gegner darzuthun. In ähnlicher Weise äußerte sich der Angeklagte Schneldt. Staatsanwalt Diez hielt die Anklage aufrecht; er beantragte gegen den Angeklagten Engels drei, gegen den Angeklagten Schneldt, der bereits wegen Beleidigung verurteilt ist, sechs Monate Gefängnis. Der Gerichtshof sprach, wie wir bereits telegraphisch gemeldet die Angeklagten frei, zu deren Gunsten angenommen wurde, daß sie nicht von einer beleidigenden Absicht geleitet worden seien.

\* Berlin, 10. Juli. In der Privat-Bekleidungssatzung des Bastors St. Jacobswaage (Müller und Genossen) gegen acht hiesige Bettungs-Redakteure ist ein neuer Verhandlungstermin vor dem Schöffengericht auf den 19. Juli 1895, Vormittags 11 Uhr, angeraut. Zu diesem Termin werden auch der ehemalige Pferdebahn-Schaffner Berg nebst dessen Tochter zur Zeugenvernehmung vorgeführt werden.

\* Magdeburg, 9. Juli. Als großer Unzug ist wiederum eine Boykottierung bezeichnet worden und zwar vom hiesigen Schöffengericht. Der sozialdemokratische Abg. Schmidt ist als Mitglied der Volkskommission wegen Veröffentlichung von Bohlottaufzügen zu 150 Mark Geldstrafe oder zu 50 Tagen Haft verurtheilt worden, weil er damit "großen Unzug" begangen haben soll. Das Gericht führte im Urteil aus: Großer Unzug sei das, was gegen Anstand und Sitte verstößt und das Publikum belästige. Es braucht nicht erst festgestellt zu werden, ob sich tatsächlich Personen belästigt gefühlt haben. Schon durch die Veröffentlichung können die Beunruhigung erzeugt werden. Selbst wenn die einzelnen Wirkungen nicht erweisen seien, könne die Beunruhigung erfolgt sein. Es sei die Aufforderung auch an Vereintungen gerichtet, deren Mitglieder nicht alle auf sozialdemokratischem Boden stehen. Der Angeklagte sei für die Artikel verantwortlich zu machen, da er von ihnen bei der Veröffentlichung Kenntniß gehabt habe. Obwohl der Boykott an sich nicht strafbar sei, müsse doch die Veröffentlichung solcher Aufforderungen als grober Unzug angesehen und bestraft werden. Bei der Abmessung der Strafe sei berücksichtigt, daß der Angeklagte in mehreren Versammlungen gesprochen, dagegen keine Getreide verkaftet hat, und in ganz hervorragender Weise thätig gewesen ist. Das sei als strafverschärfend in Betracht gezogen worden. Seine Unbescholtenheit habe man als strafwidrig berücksichtigt. Gegen das Urteil wird Berufung eingelegt werden.

**V e r m i s c h t e s .**  
† Aus der Reichshauptstadt, 10. Juli. Der Verein der Saalbesitzer Berlins und Umgegend beschloß gestern bei Bolz, Alte Jakobstraße, die Absendung einer Petition an das königliche Polizei-Präsidium um Verlängerung der Polizeizeit und die für die Balllokale, Spezialitäten-Theater und Konzerte während der Dauer der Ausstellung im Jahre 1896.

Zur Frage der strafrechtlichen Verfolgung von Eisenbahn-Fahrgästen, die bei Überfüllung der Wagenabteile eine höhere Fahrstufe benutzen, als für die ihr Fahrabschnitt gilt, liefern die "Times" folgenden, besonders den Berliner Stadt- und Vorortbahn-Zuständen gegenüber interessanten Beitrag. Vor dem Lordmayor von London erschien kürzlich ein Kaufmann, angeklagt, mit einer Fahrkarte dritter Klasse in die erste Klasse der unterirdischen Londoner Stadtbahn eingestiegen zu sein. Der Lordmayor aber — sprach ihn frei, indem er ausführte: "Solche Kleinigkeiten rechtfertigen nicht eine gerichtliche Verfolgung. Beträgerische Absicht ist nicht festzustellen. Ich selbst benutze fast jeden Tag die Stadtbahn und sehe, wie die Eisenbahn-Angestellten die Reisenden zweiter und dritter Klasse in Wagen erster Klasse hineindrängen, weil die Plätze in der dritten Klasse niemals ausreichen. Es gibt nur eine Art, hier ein Ende zu schaffen: Die Gesellschaften nehmen für die Stadtbahn und die Bütte der Bahnmeile das amerikanische System an, das nur eine einzige Klasse kennt und nur einen Einheits-Fahrtarif. Sie finden hierbei ihren Vortheil: das Publikum wird sich hierüber nicht beklagen, und die Justiz wird in Zukunft keine Zeit mehr verlieren mit so schiefen Prozessen."

Einen stürmischen Verlauf nahm in der heutigen Nacht im großen Saale des Hotel "Alexanderplatz" eine sehr zahlreich besuchte öffentliche Kellner-Versammlung. Diese war von dem neu gegründeten Ortsverein der Kellner und ver-

wandter Berufsgenossen (Hirsch-Dunder) einberufen zweds einer Beratung über den "Stellenwucher und dessen Abhilfe". Herr Klein als Referent beleuchtete die gesamten Missstände in der Branche und ermahnte zum Anschluß an den neuen Verein. Die Ausführungen sämtlicher Redner, die theils der Hirsch-Dunder'schen, theils der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung angehörten, wurden von den Versammelten, die sich in gleicher Weise zusammensetzten, theilsweise mit minutenlangen Beifalls- und Misfallenstundgebungen begleitet. Als ein Redner unter bestiger Geftaltung mit den Worten: "Ich bin von außerhalb. Mein Name ist" — — die Rednertribüne betrat, entstand eine größere Unruhe, die den Vorsthenden veranlaßte, die Versammlung zu schließen, ohne daß die beiden eingebrochenen Resolutionen, welche einerseits für den Anschluß an den neuen, andererseits an den sozialdemokratischen Verein eintraten, zur Abstimmung gelangen konnten.

Der Verlust von sechs Pferden hatte der von uns mitgetheilte Unfall bei der Feld Dienstübung des 1. Garde-Ulanen-Regiments zur Folge. Zwei Thiere wurden, wie gemeldet, von dem Wagenzuge bei Charlottenhof zerstört, zwei andere ertranken, wie jetzt festgestellt ist, als sie die Havel durchschwommen wollten, und zwei hatten so schwere Verletzungen im Falle Sturzes erlitten, daß sie getötet werden mußten.

Der Plan einer elektrischen Ringbahn zur Verbindung der südlichen Vororte mit Berlin scheint jetzt endlich schneller seiner Ausführung entgegenzugehen. Sowohl der Kreisausschuß des Teltower Kreises wie auch die sämtlichen Gemeinden haben längst ihre Zustimmung ertheilt. Vor kurzem hat auch unter Vorsitz des Landrats Stubenrauch, der das Unternehmen auf jede mögliche Weise zu fördern sucht, bereits eine Beratung der Gemeinde- und Amtsversteher aller befreiteten Gemeinden stattgefunden, um für diese insgesamt gleichartige Verträge festzustellen, damit das ganze Unternehmen ein möglichst einheitliches werde. Auch die Berliner Polizeibehörde soll bereits die Genehmigung ertheilt haben. Within steht für die Angriffsnahme der Bahn nichts weiter mehr, als die noch ausstehende Genehmigung durch die städtischen Behörden von Berlin.

Ein Einsteiger lebte im Grunewald, wie die "Sp. Kor." berichtet, ein Berliner Kaufmann St. mehrere Wochen hindurch geführt. Er hatte, so wird erzählt, sein Geschäft und seine Familie im Stiche gelassen, weil er seinen geschäftlichen Verbindlichkeiten nicht nachkommen vermochte. Er hatte sich die Bichelberge und den Bichelwerder zum Asyl ausserkoren, wo er bis vorige Woche im Freien nächtigte. Mit der geringen Haartracht, die er noch bei sich hatte, fristete er läufig sein Leben. An jedem Morgen aber ertrank er in einem Tote auf Bichelwerder und las die Zeitungen. Der Wirth schöpfte schließlich Verdacht und setzte die Spandauer Polizei in Kenntniß, die den Obdachlosen festnahm. St. hielt denn auch mit der Wahrheit nicht zurück und auf Drahtmeldung nach Berlin traf die bekümmerte Gattin des Mannes ein, die den Wiedergefundenen mit nach Berlin nahm.

† Japans Menschenlust im letzten Kriege. Dem in Yokohama ausgegebenen offiziellen Bericht zufolge sind im chinesisch-japanischen Kriege im Ganzen nur 623 Japaner in der Schlacht gefallen und 172 andere später ihren Wunden erlegen. Verwundet wurden insgesamt 2981 Mann. Außerdem sind 2489 an der Cholera und 2981 an anderen Krankheiten gestorben. Diese Verluste sind unbegreiflich klein, wenn man bedenkt, daß der Krieg monatelang dauert hat und auf beiden Seiten mit modernen Kriegswaffen geführt worden ist.

† Porträts-Toilette ist dem "Figaro" zufolge die neueste Devise der vornehmen Pariser Damenzwelt. Hatten die Engländerinnen vielfach Anregungen zu neueren Hutmustern den Porträts der alten Meister entnommen, so wollen Damen der Pariser Aristokratie jetzt ihrem Geschmack und ihrer Erscheinung entsprechende vollständige Toiletten von den älteren Porträts wählen und sich so von der Tyrannin Mode befreien. So wird man das amüsante Schauspiel haben, an demselben Tage einer imposanten Anna von Österreich, einer strohigen Montespan, einer ernsten Maintenon oder einer zierlichen Pompadour zu begegnen.

† Eine gewissenhafte Mutter. Aus Stuttgart wird der "Frank. Blt." berichtet: Der Neckarrenser Mord übt bei der Verhandlung vor dem Stuttgarter Schwurgericht eine ganz außerordentliche Anziehungskraft insbesondere auf das schwächere Geschlecht. Nicht nur daß Frauen jedes Alters und Standes Tag für Tag stundenlang in Hitze und Gebränge aushielten, eine junge Frau ließ sich sogar täglich ihren jüngsten Sprößling in den Fußizipal mitbringen, um ihn während der Mittagspause zu stillen.

† Taschentücher aus Papier. Zu welchen absurdem Erfindungen sich manche Leute versteigen, geht so recht aus folgender Neuheit hervor. Taschentücher aus Papier sollen jetzt nicht nur das zarte liebliche Gesicht der jungen Dame, sondern auch das feitglänzende Antlitz des wohlbeleibten Fleisches von den Unreinheiten befreien. Diese herrlichen Taschentücher bestehen, nach einer Mitteilung vom Patent- und technischen Bureau von Richard Lüders in Görlitz, aus dünnem, mit Glycerin getränktem Papier, das entweder unmittelbar auf der Papiermaschine oder sonstwie mit einem dünnen Gewebeüberzug, am geeigneten mit einem leichten Verbundstoff durch Aufdruck oder Aufkleben versehen wird. Das Taschentuch soll allerdings nach Aussage des Erfinders besonders den großen Vorteil vor andern haben, daß es die Übertragung von Krankheitssymptomen verhindert, da es nach einmaligem Gebrauch sofort weggeworfen werden soll. Von diesem Gesichtspunkte aus wäre ja die "praktische" Neuheit sehr gut, aber wie denkt sich denn der Erfinder die Verwendung seiner Taschentücher bei starkem Schnupfen, dürfte er nicht vielleicht ein Dienstmännchen erforderlich sein, der das nötige Quantum dieser wunderbaren Tüchlein nachschleppt?

† Die Heilsarmee. Die Heilsarmee besitzt im Ganzen 3266 Körpers, 1316 Vorposten, 11335 Offiziere, 22739 Unteroffiziere, 12674 Musikantern und etwa eine Million Soldaten. Sie kämpft in 40 Ländern und Kolonien. Die Heilsarmee hat bis jetzt ihr Leben gerufen: 82 Schlammposten, 55 Rettungshäuser, 10 Heim für entlassene Sträßlinge, 58 Volksküchen und Herbergen, 24 Platzierungsbüros, 28 Werkstätten, 6 Ferienkolonien; sie besitzt also im Ganzen 258 Institutionen, davon entfallen allein 119 auf England. Seit ihrer Gründung hat die Heilsarmee 10941 Frauen und Mädchen aufgenommen; davon wurden den Familien zurückgegeben oder an Stellen geschickt 8504. Im ersten "Heim" wurden 568 Sträßlinge aufgenommen. Die Zahl der verabreichten Mahlzeiten beträgt seit Bestand 11696646 und 3534684 Obdachlose wurden beherbergert. Arbeitslose meldeten sich seit Bestand 40050, davon erhalten beständige oder vorübergehende Arbeit 17367. Im letzten Jahre wurden 64078 Familien befürchtet und nicht weniger als 41045 von den Offizieren der Heilsarmee gepflegt. Die Zahl der Zeitschriften und Journals in 14 Sprachen beträgt 48, davon erscheinen 38 wöchentlich und 10 monatlich.

† Der Streit ums Kartengeld. Aus Artern, 9. Juli, wird dem "B. T." geschrieben: Ein interessanter Statoprozeß hat sich dieser Tage vor dem hiesigen Schöffengericht abgespielt und wird sich demnächst vor dem Landgericht in Nordhausen weiterführen. Der hiesige Rechtsanwalt Michaelis weigerte sich, dem Wirth im "Hotel zur Sonne" hier selbst nach einem abendlichen Statopiele das sogenannte Kartengeld (10 Pf.) zu zahlen, da ein rechtlidher Anspruch des Wirthes für Vorhaltung der Karten nicht bestehet, es vielmehr jedem Spieler überlassen sei, ein Entgelt zu zahlen oder nicht. Der Wirth war gegenhelliger Ansicht und ließ

dem Rechtsanwalt einen Zahlungsbefehl zustellen. Auf den Widerspruch des Rechtsanwalts gegen letzteren erkannte das Schöffengericht im Sinne des Wirths. Der geforderte Satz von 10 Pf. sei der übliche und im vorliegenden Falle von den Mitspielern um so mehr zu entrichten, als diese bereits in früheren Fällen den gleichen Betrag im "Hotel zur Sonne" anstandslos bezahlt hätten. Rechtsanwalt Michaelis hat gegen diese Entscheidung Berufung eingelegt.

† Ein meuterndes Knabenbataillon. Aus Madrid schreibt man: Der Stadt Granada blieb es vorbehalten, mit der ersten "Kinderverschwörung" aufzuwarten. Seit die Spanier ein Kind zum Könige haben, machen dort die Kinderbataillone wie Blize aus dem Boden; jedes Dorf und jedes Städtchen hat seine Kinder, die nach der Schulzeit sich soldatischen Übungen widmen. Das Knabenbataillon von Granada hat sich nun empört, weil man ihm einen ihm zulommenden Geldbetrag — wahrscheinlich für Bonbonzwecke — noch nicht ausgezahlt hat. Die künftigen Vaterlandsverteidiger besuchten die Redaktionen der Blätter und brachten ihre Klagen gegen die Behörden vor; dann durchzogen sie die Straßen der Stadt und schlugen einige Paternen entzweit. Wenn sie sich nur nicht den cubanischen Insurgenten anschließen — das wäre "fürchterlich!"

† "Ungeheuer einfach". Sich auf dem neuen böhmischen Bahnhofe in Dresden zu richten zu finden, macht große Schwierigkeiten. Ein Bäuerlein aus der Umgegend von Pirna wollte dieser Tage immer wieder die Treppe zu den Vorortzügen nach Tharandt hinauf, obwohl er dort keinen "Pirischen Zug" vergebens gesucht hatte. Er irrte mit hilfesuchenden Blicken umher. Endlich fragte er seine Mutter einem freundlichen Schaffner. Der gab ihm den guten Rath: "Mei Lieber, die Sache is Sie ungeheuer einfach. Sie versteh'n sich doch uf die Orthografie? Säh'n Sie das wechein B und das wechein D dort über den Treppen? Wenn Se also nach Pirna will'n, da geb'n Se die Treppe mit dem wechein B auf, und wenn Se nach Tharandt will'n, die mit dem wechein D. Da können Se gar nich err'en."

† Besitzwechsel. Das Johannisberger Weingut des verstorbenen Jacob von Mumm-Schwarzstein in Köln a. Rh., ist jetzt durch Kauf an Peter Hermann von Mumm-Schwarzstein in Frankfurt a. M. übergegangen. Nach diesem Aufkauf beträgt das Weingut des Herrn P. H. v. M. etwa 15 Hektar.

† Das Hotel Metropole in Genf, gegenüber dem Englischen Garten gelegen, wo das größte Gasthaus Genfs, ist am Sonnabend Nachmittag abgebrannt. Es ist 70 Meter lang, fünf Stock hoch und zählt 175 Zimmer. Man glaubt, daß Feuer sei vom Kamin ausgegangen. Groß war die Konfusion und die Bestürzung unter den Hotelgästen, als der Ausbruch des Brandes bekannt wurde. Das Hotel, vorzüglich von reichen Ausländern besucht, beherbergte etwa 80 Gäste. Eben sollte die Table d'hôte beginnen; man war im Begriffe, sich zum Essen zu setzen. Eine sörmlische Panik entstand, die Gäste eilten in ihre Zimmer, packten blitzschnell ein und eilten davon. In diesem Moment brannte es nur auf dem Dache. Um meistens Fassung zu halten, daß keine unmittelbare Gefahr bestand, sammelten sie sich beim Kerzenschein in einem kleinen Salon zur ebenen Erde, wo sie ihr gestörtes Souper ruhig fortsetzen. "C'est assez Anglais", bemerkte hierzu ein Genfer Blatt. Als der Elevator hinunterfuhrte, beladen ein Herr und eine Dame nervöse Anfälle. Das Hotel soll rasch wieder hergestellt werden.

† Ein Pariser Ereignis ist die bevorstehende Heirath der geschiedenen Frau des russischen Generals Annenkow, Erbauer der transsibirischen Bahn, mit dem ebenfalls in Paris lebenden Herausgeber des "New-York Herald", Gordon Bennett.

† Wie bedeutend die Spargelproduktion in bezw. unmittelbar bei der Stadt Bruxelles wichtig ist, geht schon daraus hervor, daß vom 26. April bis 28. Juni allein durch die Braunschweiger Güterexpedition 865890 Kg. frischer Spargel verland wurden. In den drei Vorjahren betrug der Verbandt 555400, 606300 und 380000 Kg. Der bedeutende Verband durch die Post und der kolossale Verbrauch der Konservenfabriken läßt sich nicht ziffermäßig feststellen.

† Im chinesischen Theater zu Newyork wird gegenwärtig ein Stück, das sic "Die späte Theekiste" nennt, gespielt. Die Vorstellung begann bereits im April dieses Jahres und wird bis zum Juli dauern. Jeden Abend wird ein Akt gespielt, sobald das Stück aus etwa 100 Akten besteht. Originell ist die Bezahlung des Eintrittspreises in diesem chinesischen Theater. Wenn ein Akt des betreffenden Stükkes eines Abends besonders schaurig ist, d. h. wenn ein halbes Dutzend Mordthaten und ebenso viele Hinrichtungen darin vorkommen, kostet der Eintritt 25—30 Cents, während man sich an Abenden, an welchen nur eine oder zwei Personen "abgemurkt" werden, den Kunstgenuss schon für 10 Cents leisten kann.

## Handel und Verkehr.

W. Warschau, 9. Juli. [Original-Wollbericht.] Das vom Wollmarkt überkaufte Quantum, welches ca. 20000蒲足 betrug, hat sich seitdem nur unwesentlich vergrößert, da die neu eingetroffenen Zufuhren von geringem Umfang waren. Von Geschäftsaufschlüssen läßt sich nur wenig berichten. Es wurden seit Beendigung des Wollmarktes ca. 400 Bentner seine Wollen und 350 Bentner mittelfeine Wollen zu vollen Wollmarktpreisen an inländische Fabrikanten abgesetzt. Unsere Fabrikanten haben vor der Hand ihren Bedarf zum großen Theil am Charlower und Rostower Wollmarkt gedeckt und ist daher für die nächste Zeit auf eine Belebung des Geschäfts wenig Aussicht vorhanden. Auch in der Provinz sind die Verkäufe höchst unbedeutend. Der günstige Verlauf der deutschen Wollmärkte sowie auch die Preiserhöhung an der Londoner Wollauktion üben hier einen nachhaltigen Einfluß aus und ist die Tendenz in Folge dessen entschieden fest.

## Marktberichte.

\*\* Breslau, 11. Juli. [Privatbericht.] Bei unbedeutendem Umsatz war die Stimmung ruhig und Preise blieben fast unverändert.

Bei Eisen bei schwachem Angebot matter, welcher per 100 Pf. 15,40—15,60 M. gelber per 100 Kilogr. 15,30—15,50 M., feinstcr über Rottz. — Roggen nur billiger verkauflich, per 100 Kilogr. 11,60 bis 11,80 bis 12,00 Mark. — Gerste ohne Aenderung, per 100 Kilogramm 9,00—10,00 bis 11,00 bis 13,00 Mark, feinstcr darüber. — Hafer ohne Aenderung, per 100 Kilogr. 11,90 bis 12,50 bis 12,90 Mark, feinstcr über Rottz. — Mais ruhig, per 100 Kilogramm 12,50 bis 13,00 Mark. — Erbsen fast geschäftslos, Kocherbsen per 100 Kilogramm 12,00 bis 13,50 Mark. Bittere-Erbsen per 100 Kilogramm 13,00 bis 13,50 Mark. — Futtererbsen per 100 Kilogramm 11,00 bis 12,00 Mark. — Lupinen schwaches Geschäft, gelbe 8,30 bis 8,90 Mark, allerselbst darüber, blaue 7,00—7,35 M. — Widen ohne Umsatz, per 100 Kilogramm 9,50 bis 10,50 M. — Schlagel ein wenig Geschäft per 100

Kilogr. 16—17—18 — 19 bis 19,50 M. — Dolsaaten geschäftslos. — Hanfhaar schwach angeboten, per 100 Kilogr. 19,00 bis 22,00 M. — Kapuzuchen ruhig, per 100 Kilogr. 10,25—10,75 M. — Leinwand ruhig, per 100 Kilogr. 11,75—12,25 M. — Palmkerne ruhig, per 100 Kilogr. 8,75—9,25 M. — Weizenmehl wenig Kauflust, per 100 Kilogr. inländische Sad Brutto 26,00—22,50 Mark. — Roggenmehl 00 18,75—19,25 M. — Roggen-Hausbacken 18,50—18,75 M. — Roggenfuttermehl per 100 Kilogramm inländisches 8,20—8,60 M., ausländisches 7,80 bis 8,20 Mark. — Weizenkleie ruhig, per 100 Kilogramm inländ. 7,60—8,00 M., ausländ. 7,40—7,80 M. — Speisefutter offen per 50 Kilogramm 1,20—1,80 Mark. 2 Liter 7 10 Pfennige. — Kartoffelmehl und Kartoffelflocke schwach angeboten, per 100 Kilogramm 17,25—19,50 Mark. Preise bei 10000 Kilogramm. Heu, neues 1,90—2,40 M.

Festsetzungen der städt. Markt-Notrungs- Kommission.	gute Höch- ster M. .	mittlere Höch- ster M. .	gering. Höch- ster M. .	Waare M. .
	M.	M.	M.	M.
Weizen weiß . . . .	15,60	15,30	15,10	14,60
Weizen gelb . . . .	15,50	15,20	15,00	14,50
Roggen . . . . pro	12,00	11,90	11,80	11,60
Gerste . . . . 100	13,00	12,20	11,60	9,50
Hafer . . . . Kilo	12,80	12,50	12,10	11,90
Erbsen . . . . Kilo	13,50	12,50	12,00	11,00

Festsetzungen der Handelskommission.

Breslauer Mehlmärkt. Weizenen-Müslinge mahl. per Brutto 100 Kilogramm inl. Sac 24,00—24,50 M. Weizen- Semmelmehl per Brutto 100 Kilogr. inl. Sac 22,00—22,50 M. Weizenkleie per Netto 100 Kilogr. in Käufers Säcken. a. inländisches Fabrikat 7,60—8,00 M., b. ausländisches Fabrikat 7,40—7,80 M. Roggenmehl, fein per Brutto 100 Kilogr. in Käufers Säcken: a. inländisches Fabrikat 8,20—8,60 M. b. ausl. Fabrikat 7,80—8,20 M.

Börsen-Telegramme.	Schlukturen.	N. b. 10.
Berlin, 11. Juli.		
Weizen pr. Juli.	141 — 140 50	
do. pr. Sept.	145 25 145 75	
Roggen pr. Juli.	120 25 119 50	
do. pr. Sept.	125 25 124 75	
Spiritus. (Nach amtlichen Notrungen.)	N. b. 10.	
do. 70er Kilo ohne Fak.	87 90 87 90	
do. 70er Juli.	41 60 41 40	
do. 70er August.	41 70 41 50	
do. 70er Septbr.	42 — 41 90	
do. 70er Octbr.	41 30 41 20	
do. 70er Dezembr.	40 10 40 —	
do. 50er Kilo o. J.	— — —	
	N. b. 10.	
Do. 30-Reichs-Anl. 29 90 99 90	Fluss. Banknoten 219 35 219 20	
Br. 4% Konf. Anl. 105 80 105 90	R. 4½% Bdt.-Bf. 103 50 103 40	
do. 3½% 104 90 104 9	Ungar. 4% Golbr. 104 50 104 30	
Br. 4% Pfandbr. 103 — 102 60	do. 4%	

## Amtliche Anzeigen.

Zu Gemäßheit der §§ 19 und 20 der Städteordnung wird die Liste der für die Stadtverordnetenwahlen stimmberechtigten Bürgern der hiesigen Stadt pro 1895 in der Zeit vom 15. bis 30. d. M. im Steuerbüro — neues Stadthaus 2 Treppen — während der Dienststunden zur Einsicht offen liegen. 9274

Während dieser Zeit kann jedes Mitglied der Stadtgemeinde gegen die Richtigkeit der Liste bei uns Einspruch erheben, später angebrachte Einwendungen bleiben unberücksichtigt.

Posen, den 8. Juli 1895.

Der Magistrat.

## Handelsregister.

Die in unserem Firmenregister unter Nr. 2589 eingetragene Zweigstelle der in Berlin bestehenden Hauptstelle der Firma W. Bernhard ist heute gelööst; dagegen ist unter Nr. 2639 dasselbe die Firma W. Bernhard mit dem Sitz in Posen und als deren Inhaber der Kaufmann Moses Bernhard zu Posen heute eingetragen worden.

Posen, den 2. Juli 1895.

Königliches Amtsgericht.

Abteilung IV.

## Konkursversfahren.

Neber das Vermögen des Handelsmannes Hermann Werner in Bleichen ist heute am 9. Juli 1895, Mittags 1 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet. Der Rechtsanwalt Asch in Bleichen wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis

zum 14. August 1895 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird zur Beschlussfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Fällen über die in § 120 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf.

den 30. Juli 1895.

Mittags 10 $\frac{1}{2}$  Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf den 28. August 1895,

Mittags 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaumt.

Königliches Amtsgericht

zu Bleichen.

## Bekanntmachung.

In unser Gesellschaftsregister ist unter Nr. 80 heute die hier erzielte Zweigstelle der durch Vertrag vom 1. Februar 1895 und Nachtrag vom 28. Februar 1895 errichteten Gesellschaft The Singer Manufacturing Company, Hamburg A. G. zu Hamburg eingetragen worden.

Der Zweck der Gesellschaft ist der Vertrieb von Original Singer Nähmaschinen und die Fabrikation von Nähmaschinen nach den Systemen Singer und von anderen Nähmaschinen, sowie die Verteilung der anderen Unternehmungen jeglicher Art.

Das Grundkapital beträgt 500.000 M., eingeteilt in 5000 Aktien auf den Inhaber zu je 100 M.

Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen unter der Firma der Gesellschaft mit der Unterschrift des Vorstandes oder des Aufsichtsraths im deutschen Reichsanzeiger.

Die Willenserklärungen der Gesellschaft werden, falls der Vorstand nur aus einer Person besteht, von dieser allein, falls der Vorstand aus mehreren Mitgliedern besteht, von je zwei Mitgliedern oder einem derselben in Gemeinschaft mit einem vom Aufsichtsrath dazu erwählten Beamten (Prokurrat) oder auch durch ein Vorstandsmitglied und ein zu diesem Zwecke nach Artikel 225a Handelsregisterbuch bestelltes Mitglied des Aufsichtsraths gegeben.

Lima i. B., den 25. Juni 1895.

Königliches Amtsgericht

## Bekanntmachung.

Die Bauarbeiten einschließlich Errichtung der Mauer-Plattenmauer von 4800 kg Schneideisen und 5,5 kg Gusseisen, welche im Bereich der Firma Heinrich Miersch, Berlin W., Friedrichstr. 66, Große Au 10 — Solide Preise — Neße Bedienung. Seit 50 Jahren etabliert.

## Ortsstatut betreffend die Kanalisation der Stadt Posen.

Auf Grund der §§ 11, 53 der Städteordnung vom 30. Mai 1850 und in Gemäßheit der Polizei-Verordnung vom 3. Juli 1894 wird Folgendes angeordnet:

§ 1.

Durch Gemeindebeschlüsse wird bestimmt, auf welche Straßen und Straßenthellen die Kanalisation auszudehnen ist und wann die Straßenkanäle herzustellen sind.

§ 2.

In diesen Straßen und Straßenthellen führt die Stadtgemeinde die Straßenkanäle mit den erforderlichen Abzweigleitungen aus. Die Abzweigleitungen, an welchen die nach der Polizei-Verordnung vom 3. Juli 1894 herzustellenden Entwässerungsanlagen der Grundstücke anzuschließen sind, werden bis zu den straßenseitigen Grundstücksgrenzen geführt.

Die Straßenkanäle nebst den Abzweigleitungen sind Eigentum der Stadtgemeinde.

§ 3.

Den an kanalisierten Straßen grenzenden Grundstücken wird eine Kanalabgabe (Kanalzins) aufgelegt, deren Gesamtbetrag 3½ Proz. der Anlagekosten der Kanalisation nicht übersteigen und zur Hälfte nach der staatlich veranlagten Gebäudesteuer, zur anderen Hälfte nach den Straßenvorläufen erhoben werden soll.

Der auf eine Mark der Gebäudesteuer entfallende und der für ein Meter Straßenvorläufe zu entrichtende Beitrag wird alljährlich vor Schluss des Etatsjahres durch Gemeindebeschluß für das kommende Etatsjahr festgesetzt. Soweit die wirklichen Baukosten nicht feststehen, werden die veranschlagten Kosten der Ermittelung zu Grunde gelegt.

Für Grundstücke, welche an mehr als eine Straße grenzen, wird, sofern nur eine dieser Straßen kanalisiert ist, das Mittel aus den Frontlängen angerechnet, wenn es kleiner ist, als die Frontlänge an der kanalisierten Straße. Liegt ein Grundstück an zwei oder mehr kanalisierten Straßen, so werden zwei Drittel der Gesamtkosten zur Kanalabgabe herangezogen. Für Grundstücke, welche nur teilweise an den Kanal angeschlossen werden können, wird der Kanalzins unter Billigung der Berücksichtigung der eingeschlagenen Verhältnisse vom Magistrat festgesetzt.

Für unbebaute Grundstücke ist der Kanalzins nur nach der Frontlänge zu entrichten. Sobald sie bebaut und bewohnbar werden, tritt mit dem Beginn des nächsten Etatsjahres die Erhebung der Kanalabgabe auch nach der Gebäudesteuer ein. Sind die Gebäude an diesem Zeitpunkte noch nicht zur Gebäudesteuer veranlagt, so wird bis zur staatlichen Einschätzung ein fiktiver Gebäudesteuersatz angenommen.

Öffentliche Blöcke werden zum Kanalzins nicht veranlagt.

Bei Grundstücken, von denen keine Gebäudesteuer erhoben wird, schätzt der Magistrat den Nutzertrag der vorhandenen Gebäude und berechnet gleichermaßen unter Beobachtung der Vorschriften des Gebäudesteuergesetzes vom 21. Mai 1861 den Betrag der Gebäudesteuer.

§ 4.

Die Kanalabgabe ist von dem Tage ab zu entrichten, welcher gemäß § 13 der Polizei-Verordnung vom 3. Juli 1894 als Termin für den Kanalschluss der Grundstücke festgesetzt worden ist. Die Ertheilung von Fristen für den Kanalschluss ist auf den Beginn der Kanalzinspflicht ohne Einfluss.

Die Höhe des Kanalzinses wird den Grundstücksgehütern beim Eintritt der Kanalzinspflicht und vor Beginn jedes Etatsjahres mitgeteilt.

Im Laufe des Etatsjahres tritt eine Änderung der Kanalabgabe bereits veranlagter Grundstücke nicht ein.

Der Kanalzins ist vierteljährlich im Voraus an die Kämmererfeste abzuführen. Rückständige Kanalzinsbeträge unterliegen der Einziehung im Verwaltungszwangsvorfahren.

§ 5.

Dieses Ortsstatut tritt mit der Bekündung an Stelle des Ortsstatuts, betreffend die Kanalisation vom 15. Juni 1892.

Posen, den 17. Oktober 1894.

Der Magistrat. Die Stadtverordneten-Versammlung. gez. Witting.

gez. Orgler.

Vorstehendes Ortsstatut wird nach erfolgter Bestätigung durch den Bezirksausschuß — Beschluss vom 25. April 1895 Nr. 2202/95 B. A. — zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Posen, den 29. Juni 1895.

## Der Magistrat. Witting.

### Anker-Cichorien ist der beste Kaffee-Zusatz.

Anker-Cichorien ist nahrhaft. Anker-Cichorien ist bekömmlich. Anker-Cichorien ist mild-bitter. Anker-Cichorien ist würzig. Anker-Cichorien ist anregend.

### Alleinige Fabrikanten:

Dommerich & Co. in Magdeburg-Buckau.

## Formulare

### zum Antrag um Ertheilung einer Bau-Erlaubniß

halten wir vorrätig.

Hofbuchdruckerei

W. Decker & Co. (A. Rösel)

Posen.

## Mietsh.-Gesuche.

Im Neubau Schützen- und Salzdorffstr. Ecke sind per 1. Oktober 7240

Wohnungen

von 5 u. 6 Zimmern nebst Zu-

bhör, sowie

## Läden,

letztere eventl. auch früher zu

vermieten.

Näheres im Büro

Raumannstr. Nr. 3, Hoch. I.

4 Zimmer III. Et. oder 5 Zim-

mer part. mit Zubehör, sowie

2 unmöblirte Zimmer II. Etage

(auch zum Bureau geeignet) sind

von 1. Oktober 1895 zu vermieten.

Friedrichstraße Nr. 27.

Gesucht zum 16. August von

zwei sehr musikalischen Damen,

in Nähe des Stadttheaters, bei

einer deutschen Familie, 2 heiz-

bare Zimmer, unmöblir., mit

Benutzung der Küche und Be-

dienung. Ges. Off. mit Preis-

angabe sub Lit. B. M. 1 an die

Erb. d. Sta. erbeten. 9132

Gesucht w.

v. 17. Juli. f. läng. St. v. höh.

Beamt. eleg. möbl. Wohn.

(2 St. o. St. m. Kab.) t. gut.

Geb. Off. u. S. 714 a. d.

Erb. d. Bl. 9189

In kleiner Stadt Posen

Wohnung

zum 1. Oktober 1895

Gesucht: 3 bis 4 Zimmer mit

Etage. 9195

Genaue Offeren mit Preis u.

Angabe, ob Closet und Wasser-

leitung im Hause an. A. W. 3

Breslau hauptpost.

Königstr. 9 ist d. Belet. von

1 Salon, 6 Z., mit 2 Balkons

z. zu verm. u. Wart. 4 Zim. z.

Victoriastr. 16

part. 3 Z., Badz., Küche u. Ne-

beng. 800 M. p. Okt. 9226

Gepr. deutsche Lehrerin, gepr.

Claudier-Lehrerin (absolv. Con-

servatoristin), tücht. Französin,

gepr. Turnlehrerin (Kindergarten),

gepr. Zeichen- u. Mallehrerin f.

I. Pensionate. Konstantinopel-

Smyrna, Bokarest gesucht. Tücht.

Gräteberinnen, vorzügl. t. Sprachen

u. Musik, finden i. d. best. Fam.

des Fin. u. Ausl. vorzügl. Stell.

Mrs. Emily Reisner,

Erst. Wiener Gouvern.-Institut.

Wien I. Seillerschäfte 19.

Zum 1. Oktober er. eventl.

auch früher suchen einen tüchtigen,

flotten

Bekäufer.

Nakel (Nege). 9100

Wollstein & Co.,

Colonialwaren- u. Delikatessen-

handlung, Destillation.

Suche zum sofortigen Antritt

einen guten

9246

Schlossergesellen,

der auf Treppengeländer ein-

gerichtet ist, sowie

einen Gehrling,</